

Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher,
Armin Schäfer

Jugend wählt

Perspektiven junger Menschen auf
Wahlalter, politische Informationen
und Parteien bei der Europawahl 2024

U18
EURO
WAHL

FES diskurs

Dezember 2024

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über die Autor:innen

Thorsten Faas ist Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und leitet dort die Arbeitsstelle „Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland“.

Sigrid Roßteutscher ist Professorin für Politische Soziologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Armin Schäfer ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

In der FES ist für diese Publikation verantwortlich

Annika Arnold, Referentin Empirische Sozial- und Trendforschung, Referat Analyse und Planung.

Jugend wählt – Perspektiven junger Menschen auf Wahlalter, politische Informationen und Parteien bei der Europawahl 2024

2	1 WÄHLER:INNEN AB 16: DIE PREMIERE BEI DER EUROPAWAHL 2024 IN DEUTSCHLAND
5	2 DATEN UND ERHEBUNG
8	3 WAHLBERECHTIGUNG UND „WÄHLEN AB 16“
8	3.1 Wissen, Freude, Ärger rund um die eigene (Nicht-)Wahlberechtigung
11	3.2 Präferiertes Wahlalter für verschiedene Wahlebenen
13	3.3 „Wählen ab 16“ und andere Optionen des Wahlrechts
14	3.4 Zwischenfazit
15	4 INFORMIERTHEIT UND INFORMATIONSV ERHALTEN
15	4.1 Subjektive Informiertheit
16	4.2 Politische Mediennutzung
17	4.3 Social Media und Politik
21	4.4 Zwischenfazit
22	5 PARTEIEN UND POLARISIERUNG
22	5.1 Wählbarkeit verschiedener Parteien
25	5.2 Affektive Polarisierung
29	5.3 Zwischenfazit
30	6 SCHLUSSFOLGERUNGEN
31	Abbildungsverzeichnis
32	Literaturverzeichnis

WÄHLER:INNEN AB 16: DIE PREMIERE BEI DER EUROPAWAHL 2024 IN DEUTSCHLAND

Am 9.6.2024 waren erstmals bei einer deutschlandweiten Wahl auch 16- und 17-Jährige wahlberechtigt. Rund 1,5 Millionen junge Menschen durften damit schon vor ihrem 18. Lebensjahr erstmals wählen. Die – inzwischen Geschichte gewordene – Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP hatte mit der Absenkung des Wahlalters bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ein Versprechen aus ihrem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dort hatte man vereinbart: „Wir werden das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken.“

Darüber hinaus hatten die Ampelparteien auch eine Willenserklärung zum Wahlalter bei Bundestagswahlen in den Koalitionsvertrag geschrieben: „Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken.“ Allerdings waren die Erfolgsaussichten dieses Plans von Anfang an – und unabhängig vom Scheitern der Ampel – bescheiden. Während die Ampelparteien nämlich das Wahlalter für die Europawahl noch mit einfacher Mehrheit gesetzlich ändern konnten, ist das Wahlalter für Bundestagswahlen in Artikel 38 (2) des Grundgesetzes fixiert: „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“

Natürlich lässt sich auch das ändern, wie etwa die Reform des Wahlalters in den frühen 1970er Jahren mit der Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahren gezeigt hat – allerdings mit deutlich höheren Hürden. Für eine solche Grundgesetzänderung wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig. Angesichts der Positionierungen von CDU/CSU und AfD zum Thema „Wahlalter“ konnte in der Amtszeit der Ampel nicht davon ausgegangen werden, dass eine solche erreicht werden würde. Und so ist es auch gekommen: Bei der vorgezogenen Neuwahl des Deutschen Bundestages am 23.2.2025 werden nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit und einem Mindestalter von 18 Jahren teilnehmen dürfen.

Das ist für viele junge Menschen, die noch bei der Europawahl neu wahlberechtigt waren, mit negativen Konsequenzen verbunden. Von den rund 1,5 Millionen 16- und 17-jährigen Erstwähler:innen bei der Europawahl werden rund eine Million bis zum Wahltag am 23.2.2025 noch

nicht ihren 18. Geburtstag gefeiert haben und damit bei dieser Wahl nicht abstimmen dürfen. Selbst bei einem regulären Wahltermin im September 2025 wären es noch knapp 500.000 junge Menschen gewesen. Man muss davon ausgehen, dass diese Konstellation, die wir an anderer Stelle als „temporären Wahlrechtsverlust“ bezeichnet haben (Leininger et al. 2023), Menschen verärgern wird – und zwar auch über den Wahltag hinaus. Dies ist von Relevanz, da erste Wahlerfahrungen besonders prägend sind. Sie tragen dazu bei, bestimmte Verhaltensmuster zu verankern, die die Wahlbeteiligung und das zukünftige Wahlverhalten einer Person maßgeblich beeinflussen. Dies zeigt sich gerade hinsichtlich der Wahlbeteiligung: Mit den ersten Wahlen wird geprägt, ob Menschen zu habituellen Wähler:innen werden oder eben nicht (Franklin 2004).

Solche möglichen Habitualisierungen sind auch einer der Gründe, warum man junge Menschen, ihre politischen Einstellungen und ihr politisches Verhalten regelmäßig in den Blick nehmen sollte. Junge Menschen mögen – gemessen an der Wahlbevölkerung insgesamt – keine große Gruppe bilden. Bezogen auf die insgesamt rund 65 Millionen Wahlberechtigten bei der Europawahl 2024 in Deutschland entsprechen 1,5 Millionen 16- und 17-jährige Erstwähler:innen gerade einmal rund 2,5 Prozent. Aber sie sind die Wähler:innen der kommenden Jahre und Jahrzehnte, die jetzt potenziell prägende Erfahrungen sammeln. Entsprechend sollte man Erstwähler:innen regelmäßig beobachten – was aber leider nicht regelmäßig passiert. Wahlstudien nehmen typischerweise die Wahlbevölkerung insgesamt in den Blick – was aber wiederum bedeutet, dass dort nur sehr wenige junge Menschen befragt werden. In der Rolling-Cross-Section-Studie der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2021 etwa, in deren Rahmen knapp 7.000 Menschen (und damit deutlich mehr als in vielen anderen „üblichen“ Umfragen) vor der Wahl interviewt wurden, um die Dynamik des Wahlkampfes im Details analysieren zu können, finden sich gerade einmal 35 Personen mit Geburtsjahr 2003; weniger als 200 Erstwähler:innen sind insgesamt in der Stichprobe (GLES 2022). Differenzierte Analysen sind auf dieser Basis kaum möglich. Dem stehen zahlreiche „Jugendstudien“ gegenüber, denen allerdings häufig der detaillierte Blick auf Wahlen fehlt.

Unser Dank gilt Petra Lipski, Alexander Aragón Berger, Jan Gnädinger, Teresa Haußmann, Jan Langlitz, Hermine Schütz, Mona Plenker, Matthias Sand sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort insbesondere Annika Arnold, Jan Engels und Catrina Schläger für ihre Unterstützung bei der Realisierung der Studie und dem Verfassen des Berichts.

Beides – zu wenig Befragte in Wahlstudien, zu wenig Wahl in Jugendstudien – ist misslich, wenn man sich noch einmal die Ergebnisse, Analysen und Berichte zur Europawahl 2024 in Erinnerung ruft. Schlussendlich und bei einer gegenüber 2019 leicht auf 64,7 Prozent angestiegenen Wahlbeteiligung haben CDU/CSU 30,0 Prozent, die AfD 15,9 Prozent, SPD 13,9, Grüne 11,9, das BSW (bei seiner Premiere) 6,2, FDP 5,2, Linke und Freie Wähler jeweils 2,7 und VOLT 2,6 Prozent errungen; auf weitere Parteien entfielen weitere 8,9 Prozent. Gegenüber der vorherigen Europawahl hatten damit vor allem AfD (+4,9 Prozentpunkte) und BSW (+6,2 Prozentpunkte) klar gewonnen, während vor allem die Grünen starke Verluste (von 8,6 Prozentpunkten) hinnehmen mussten. Weitere Analysen auf Basis der Wahltagsbefragungen von Infratest dimap (für die ARD) und der Forschungsgruppe Wahlen (für das ZDF) zeigten, dass gerade die Gewinne der AfD wie auch die Verluste der Grünen besonders stark auch bei jungen Menschen zu beobachten waren, woraus sich schnell ein weit verbreitetes Narrativ entwickelte. Sehr zugespitzt formuliert, ließe sich die Essenz vieler Kommentare auf den Satz „Wegen TikTok hat die Jugend rechts gewählt“ verdichten; mitunter noch verwoben mit der Frage, ob dieses „Wählen ab 16“ eine gute Idee sei (siehe z. B. Zeit 2024, DLF 2024). Aber kann man das wirklich so sagen?

Der vorliegende Bericht wirft einen differenzierten Blick auf den Themenkomplex „Jugend und Wahlen“. Wir bauen dabei auf frühere Studien auf, die wir im Kontext anderer Wahlen und Wahlkonstellationen realisiert haben:

- 2017/2018 fanden innerhalb eines Jahres in Schleswig-Holstein eine Landtagswahl im Mai 2017 (Wahlalter 16), eine Bundestagswahl im September 2017 (Wahlalter 18) und eine Kommunalwahl im Mai 2018 (Wahlalter 16) statt. Wir haben diese Konstellation damals genutzt, um uns erstmals dem Phänomen des „temporären Wahlrechtsverlusts“, aber auch weitergehenden Fragen, etwa zu den Hintergründen der Wahlbeteiligung junger Menschen insgesamt zu widmen (Leininger et al. 2023, 2024; Roßteutscher et al. 2022).
- Am 1.9.2019 fanden in Brandenburg und Sachsen zeitgleich Landtagswahlen statt, allerdings einmal mit einem Wahlalter von 16 Jahren (Brandenburg) und einmal von 18 Jahren (Sachsen); auch diesen Unterschied haben wir mit einer Studie begleitet (Faas/Leininger 2020, Leininger et al. 2024).

- Am 26.9.2021 fand in Berlin nicht nur der Berlin-Marathon statt, sondern parallel auch eine Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahl. Und auch damit waren Ungleichheiten verbunden, denn während man an den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlungen schon ab 16 Jahren teilnehmen durfte, galt für Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahl ein Mindestalter von 18 Jahren (Faas/Leininger 2023, Faas 2024) – für den Marathon übrigens auch.

Auch wenn wir hier auf diese früheren Arbeiten aufbauen, so setzen wir mit der vorliegenden Studie zugleich neue Akzente. Dies gilt schon für den eingangs skizzierten Kontext: Die Europawahl 2024 war die erste bundesweite Wahl mit abgesenktem Wahlalter, was dem Thema nochmals spürbar mehr Aufmerksamkeit verliehen hat. Damit verbunden war auch eine Umkehrung des Musters: Bei den bisherigen Inkonsistenzen war die Logik immer, dass das „Wählen ab 16“ quasi „von unten“ kam, also von der Kommunal- und Länderebene ausging. Mit dem abgesenkten Wahlalter bei der Europawahl kam es dieses Mal dagegen „von oben“. Die Folge: Am 9.6.2024, an dem in vielen Bundesländern auch Kommunalwahlen stattfanden, gab es drei Typen von Bundesländern, nämlich:

- Bundesländer, in denen keine Kommunalwahlen gleichzeitig stattfanden;
- Bundesländer, in denen es gleichzeitig Kommunalwahlen gab mit einem zur Europawahl passenden Wahlalter von 16 Jahren;
- Bundesländer, in denen es gleichzeitig Kommunalwahlen gab mit einem von der Europawahl abweichenden Wahlalter von 18 Jahren.¹

Diese bundesweiten Konstellationen können wir mit der vorliegenden Studie, in deren Rahmen wir knapp 8.000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren befragt haben, systematischer untersuchen, als das in früheren Studien der Fall war. Auch die Datenbasis insgesamt ist damit erstmals eine bundesweite und nicht mehr auf einzelne Bundesländer konzentriert.

Schließlich haben wir uns stärker als früher auf den Zeitraum vor der Wahl konzentriert und junge Menschen vor der Wahl befragt, um so auch die Kampagne sowie das Informations- und Kommunikationsverhalten vor der Wahl einbeziehen und auf mögliche Effekte hin prüfen zu können. Im Anschluss haben wir dann die Vorwahlbefragung um eine zweite Erhebung mit denselben Personen nach der Wahl ergänzt.

¹ Streng genommen gab es noch einen vierten Typus, nämlich Thüringen: Dort fanden die Kommunalwahlen (mit einem Mindestwahlalter von 16 Jahren) zwei Wochen vor den Europawahlen statt; Stichwahlen wurden dann am Tag der Europawahl abgehalten.

Insgesamt wollen wir uns vor diesem Hintergrund im Folgenden drei Themenkomplexen widmen:

1. Wählen ab 16: Wie schauen 15- bis 20-Jährige auf die Frage des Wahlalters und insbesondere das Thema „Wählen ab 16“?
2. Wie sieht das Informations- und Kommunikationsverhalten der 15- bis 20-Jährigen rund um die Europawahl 2024 aus?
3. Und wie stehen sie eigentlich zu Parteien und – Stichwort: affektive Polarisierung – den jeweiligen Unterstützer:innen dieser Parteien?

Für diese Fragen wollen wir nicht nur beschreibend darstellen, wie junge Menschen insgesamt zu diesen Themen stehen, sondern auch Unterschiede und Differenzierungen innerhalb der Gruppe junger Menschen aufzeigen: Vor allem interessiert uns die Frage, ob es Unterschiede nach dem Grad der formalen Bildung gibt. Wir wissen aus vorliegenden Studien, dass es mit Blick auf Wahlen große

(soziale) Unterschiede gibt, weil Menschen mit formal hoher Bildung der Politik oft näherstehen und sie sich auch regelmäßiger und selbstverständlicher beteiligen (Schäfer et al. 2020). In der Folge sind sie auch zufriedener mit Politik und Demokratie. Findet sich das so auch schon bei jungen Menschen? Um dies herauszufinden, werden wir jungen Menschen, die das Abitur bereits haben oder es anstreben, in unseren Analysen jene gegenüberstellen, bei denen das nicht der Fall ist. Zudem wollen wir das Alter und den damit verbundenen Status der Wahlberechtigung in den Blick nehmen. Unterscheiden sich 15-Jährige von 16- und 17-Jährigen in ihren Wahrnehmungen und Einstellungen zu den Diskussionen um das Wahlalter und ihrem Informationsverhalten – und diese wiederum von „traditionellen“ Erstwähler:innen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren? Schließlich wollen wir auch Unterschiede nach Geschlecht, Wohnort (Großstadt: ja/nein) und danach, ob die jungen Menschen – je nach Bundesland – andere Erfahrungen mit dem „Wählen ab 16“ machen, in den Blick nehmen. Ehe wir unsere Ergebnisse vorstellen, wollen wir aber zunächst noch einen Blick auf das genaue methodische Vorgehen werfen. ←

2

DATEN UND ERHEBUNG

Ziel der „Jugendstudie zur Europawahl 2024“ war es, die politischen Einstellungen und das politische Verhalten bzw. die Verhaltensabsichten junger Menschen zu erfassen. Dafür haben wir Personen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren zu unserer Umfrage eingeladen. Um diese erreichen zu können, haben wir ein zweistufiges Vorgehen gewählt: Im ersten Schritt wurden Kommunen (unterschiedlicher Größe) zufällig ausgewählt, um von den dortigen Einwohnermeldeämtern Postadressen junger Menschen zu erhalten. Von kleineren Gemeinden wurden dabei – sofern möglich – die Adressen von 300 zufällig aus dem örtlichen Register auszuwählenden jungen Menschen erbeten; von Gemeinden/Städten mittlerer Größe 600, von Großstädten grundsätzlich 1.200. Für einige Großstädte wurde die Zahl auf 2.000 erhöht, für Hamburg sogar auf 4.000 und für Berlin auf 7.000, um dort auch differenzierte Binnenanalysen innerhalb der Städte vornehmen zu können – auch wenn dies nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts ist.²

Schlussendlich haben uns 46 Städte und Gemeinden (bzw. von diesen beauftragte Dienstleister) Adressdaten zur Verfügung gestellt – von Berlin, Hamburg und Bremen bis zu Eckernförde (Schleswig-Holstein), Prenzlau (Brandenburg), Radeberg (Sachsen), Bad Iburg, Hambühren (beide Niedersachsen), Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Leubsdorf und Wattenheim (in Rheinland-Pfalz). Die Liste aller einbezogenen Städte und Gemeinden kann der folgenden Karte (Abbildung 1) entnommen werden. Insgesamt haben wir rund 53.000 junge Menschen postalisch (und datenschutzkonform) zu unserer Befragung eingeladen. Die Anschreiben beinhalteten einen personalisierten Zugangscode zu einer Onlineumfrage, die unter www.wahlstudie.de erreichbar war. Insgesamt nahmen an der Vorwahlwelle 7.970 junge Menschen (mindestens teilweise) teil, was einer Quote von 14,9 Prozent entspricht (bei einer Spannweite zwischen den einzelnen Kommunen von 8,3 bis 19,7 Prozent). Teilgenommen haben die Befragten vom 11.5.2024 bis zum 9.6.2024, also dem Tag der Europawahl (siehe auch Abbildung 2).³

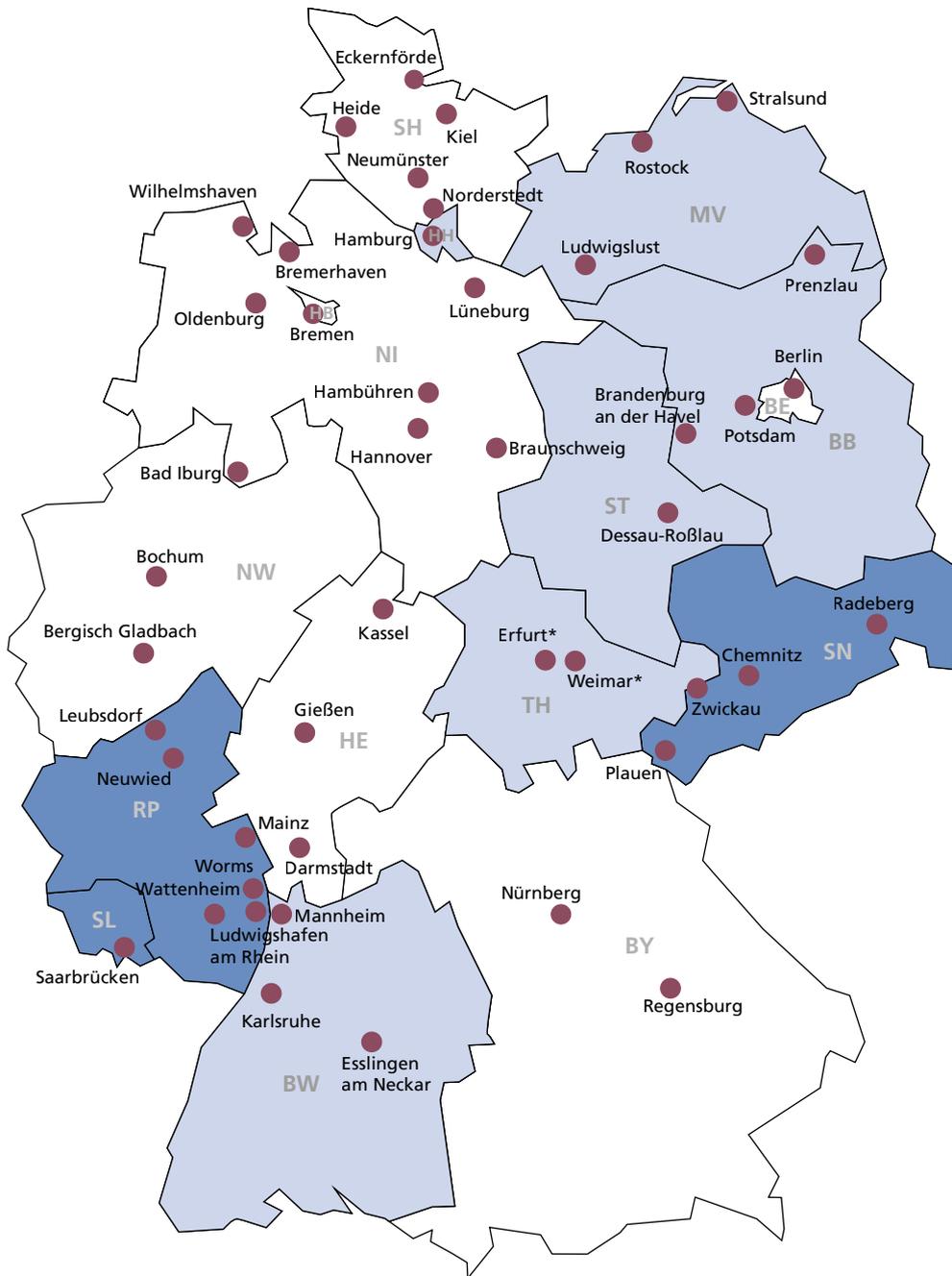
In der abschließenden Frage der Vorwahlbefragung wurden die Teilnehmenden gebeten, uns eine erneute Befragung nach der Wahl zu ermöglichen. Insgesamt 4.729 Teilnehmende der Vorwahlbefragung stellten uns zu diesem Zweck eine E-Mail-Adresse zur Verfügung. An diese wurden am 26.6.2024 erstmals Einladungen zur Nachwahlbefragung per E-Mail verschickt (sowie später noch zwei Erinnerungen). Insgesamt nahmen zwischen dem 26.6.2024 und dem 23.7.2024 2.110 junge Menschen (mindestens teilweise) an der Nachwahlbefragung teil. Die Befragungen dauerten im Mittel rund 25 (Vorwahl) bzw. 19 Minuten (Nachwahl).

Als Produkt dieses auf registerbasierten Zufallsstichproben aus 46 Kommunen basierenden Stichprobendesigns wie auch der hohen Fallzahl liefert unsere Befragung ein vielschichtiges Bild zu den politischen Einstellungen und dem politischen Verhalten junger Menschen in Deutschland. Allerdings ist es kein perfekt repräsentatives Abbild – dafür ist die Zahl der einbezogenen Städte und Gemeinden nicht groß genug; zudem sind sowohl auf Ebene der Städte und Gemeinden wie auch der eingeladenen jungen Menschen nicht alle unserer Bitte nach Teilnahme nachgekommen. Die im Folgenden ausgewiesenen Ergebnisse haben wir daher auf ihre Robustheit geprüft, indem wir die Effekte ergänzender Gewichtungen geprüft haben, um Ausfälle auszugleichen. Zudem haben wir die Ergebnisse in Subgruppen betrachtet, sodass wir insgesamt von der Robustheit der hier präsentierten Muster und Ergebnisse überzeugt sind.

Das Frageprogramm bestand aus Fragen zum Wahlverhalten bei den Europa- und – wo zutreffend – Kommunalwahlen im Juni, Fragen zur Absenkung des Wahlalters, zum Informations- und Kommunikationsverhalten, zu Einstellungen bezüglich verschiedener aktueller politischer Sachfragen, zu Parteien und der Demokratie insgesamt, zum politischen Wissen sowie zur persönlichen Situation der Befragten. Die für die folgenden Analysen und Ergebnisse verwendeten Indikatoren werden an der entsprechenden Stelle jeweils im Wortlaut dokumentiert. ←

² Ein großer Dank gebührt Matthias Sand von GESIS an dieser Stelle, der die Stichprobe der Gemeinden und Städte gezogen hat und uns auch während der Feldzeit wie im Nachgang stets mit Expertise, Rat und Tat unterstützend zur Seite stand.

³ Zunächst wurden dabei zu Testzwecken nur wenige Einladungen verschickt; Abbildung 2 weist daher für die Vorwahl die Verteilung ab dem 18.5.2024 aus, an dem der „große Versand“ begann.



Wahlen und Wahlalter am 9.6.2024:

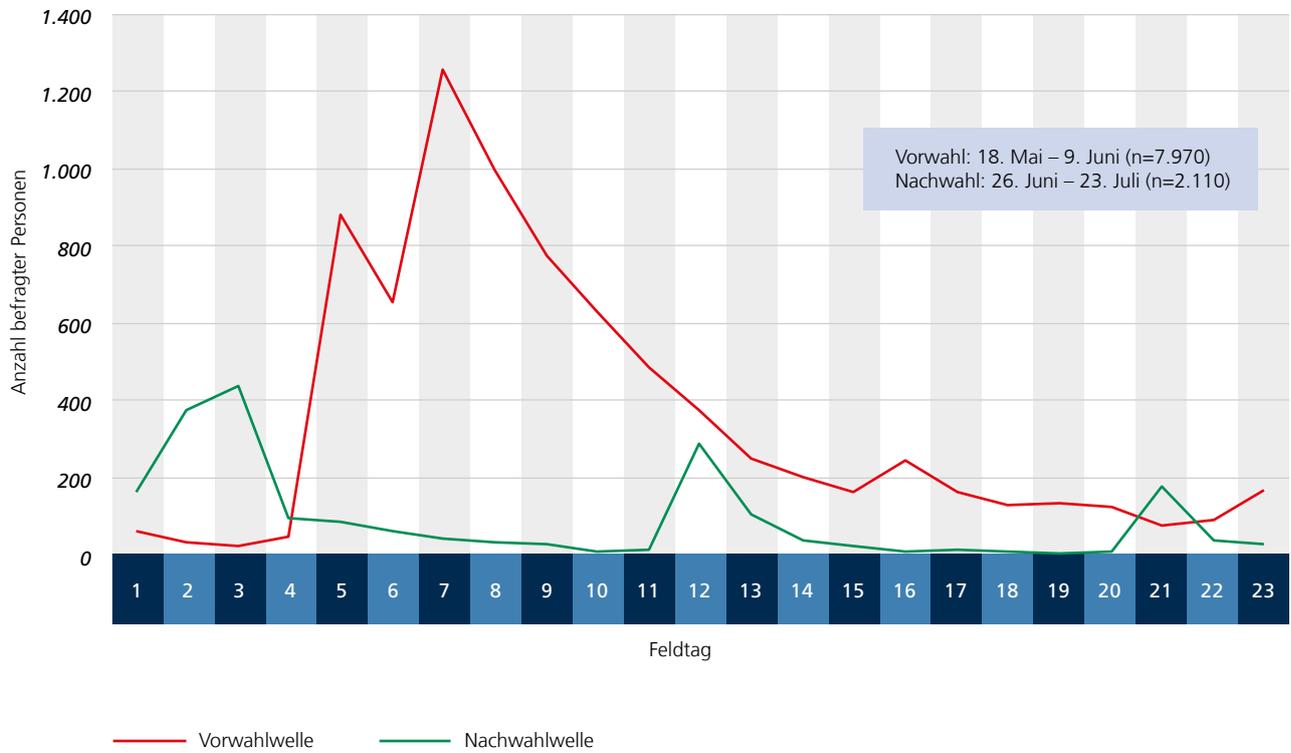
- Europa- und Kommunalwahl mit Wahlalter 16
- Europawahl mit Wahlalter 16, Kommunalwahl mit Wahlalter 18
- nur Europawahl mit Wahlalter 16
- Kommunen in der Stichprobe

*Thüringen: Stichwahlen zur Kommunalwahl (Wahlalter 16) zeitgleich mit der Europawahl

QUELLE: eigene Darstellung.

Zeitlicher Verlauf der Teilnahmen der Vor- bzw. Nachwahlwelle

Abb. 2



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

3

WAHLBERECHTIGUNG UND „WÄHLEN AB 16“

Die Europawahl 2024 war die erste deutschlandweite Wahl mit einem auf 16 Jahre abgesenkten Wahlalter. Mit dem Blick junger Menschen – quasi einer „Betroffenenperspektive“ – auf diese Premiere wollen wir daher auch beginnen. Dabei lässt sich eine individuelle von einer institutionell-systemischen Perspektive unterscheiden: Von der individuellen Perspektive aus geht es darum zu verstehen, wie junge Menschen selbst ihre Situation wahrnehmen. Wussten sie beispielsweise um den Status ihrer eigenen Wahlberechtigung? Aus einer institutionell-systemischen Perspektive interessiert uns, wie diese Änderung des Wahlrechts insgesamt wahrgenommen wird, gerade auch im Vergleich zum Wahlalter auf anderen Wahlebenen, aber auch im Vergleich zu anderen Reformen und Ideen rund um das Wahlrecht. In dieser Reihenfolge wollen wir die Fragen nun betrachten.

3.1 WISSEN, FREUDE, ÄRGER RUND UM DIE EIGENE (NICHT-)WAHLBERECHTIGUNG

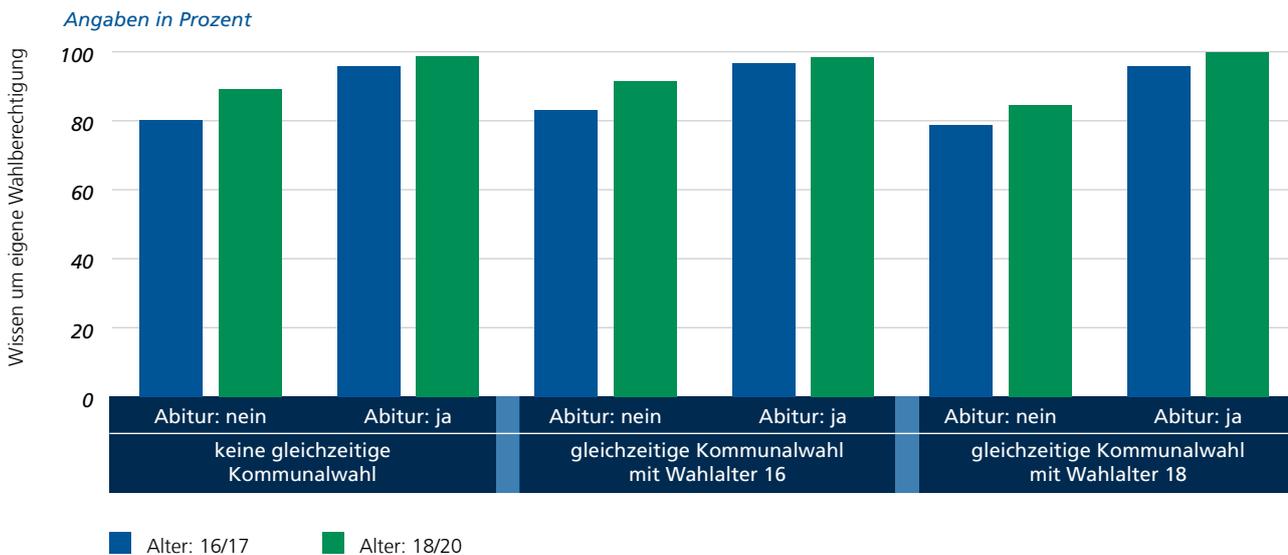
Die Frage, ob junge Menschen den Status ihrer Wahlberechtigung kennen, mag auf den ersten Blick seltsam erscheinen, immerhin werden von amtlicher Seite aus Wahlbenachrichtigungen automatisch versandt, die den eigenen Status deutlich machen. Spätestens im Wahllokal sollte sich klären, wer wahlberechtigt ist und wer nicht. Gleichwohl gibt es Asymmetrien: Gerade wer fälschlicherweise glaubt, nicht wahlberechtigt zu sein, wird sich gar nicht erst auf den Weg ins Wahllokal machen. Unsicherheiten und Fehlwahrnehmungen könnten zudem durch die teils verwirrenden Muster der Wahlberechtigung gestärkt werden – also gerade in jenen Bundesländern, in denen zeitgleich zur Europawahl Kommunalwahlen mit einem Wahlalter ab 18 Jahren stattfanden. Frühere Analysen aus

Wissen um eigene Wahlberechtigung bei der Europawahl 2024 nach Alter, formaler Bildung und Kommunalwahlkontext

Abb. 3

„Lassen Sie uns mit ein paar Fragen zur kommenden Europawahl beginnen, die am 9. Juni 2024 in Deutschland stattfinden wird. Werden Sie bei dieser Europawahl wahlberechtigt sein?“

[Antwortoptionen „ja“, „nein“, „weiß nicht“; dargestellt ist der Anteil „ja“]



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

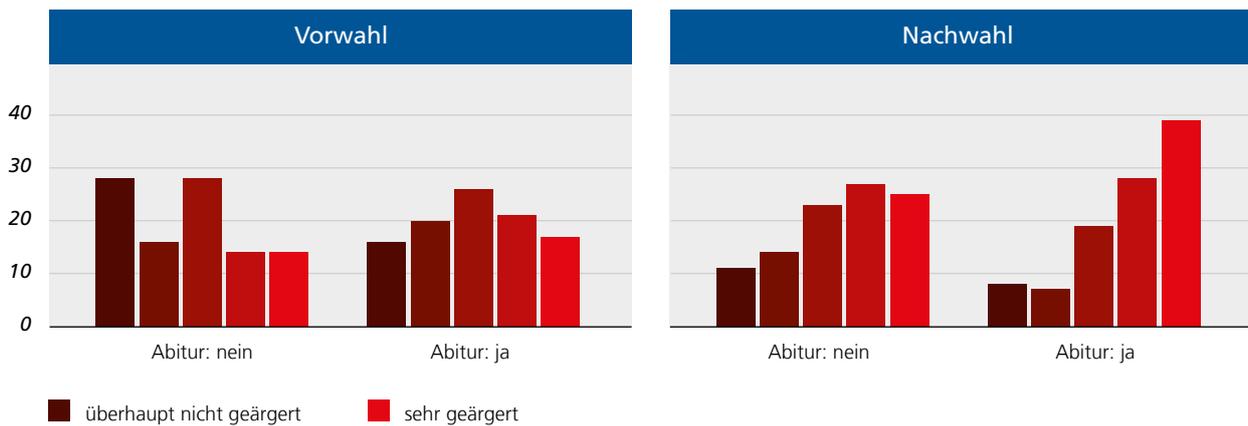
Ärger über fehlende Wahlberechtigung bei der Europawahl bei 15-Jährigen nach formaler Bildung in der Vor- und Nachwahlwelle

Abb. 4

„Wenn Sie noch einmal an die Europawahl denken: Ärgern Sie sich darüber, dass Sie am 9. Juni 2024 nicht an der Europawahl teilnehmen dürfen?“

[Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „ärgere mich überhaupt nicht“ und „ärgere mich sehr“. Für die Nachwahl entsprechend rückblickend erfragt.]

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

dem Kontext von Landtags- und Kommunalwahlen haben zeigen können, dass es rund um die eigene Wahlberechtigung durchaus Fehlannahmen gibt, die vor allem in eher „politikfernen“ Gruppen häufiger vorkommen.

Abbildung 3 bestätigt, dass es solche Unsicherheiten rund um die eigene Wahlberechtigung auch im Vorfeld der Europawahl 2024 gab. Dies gilt weniger für junge Menschen mit formaler hoher Bildung, die das Abitur anstreben oder bereits gemacht haben: Hier liegt der Anteil der 18- bis 20-Jährigen, die wissen, dass sie wahlberechtigt sind, praktisch bei 100 Prozent. Auch bei den 16- und 17-Jährigen in dieser Gruppe liegen die entsprechenden Quoten sehr hoch (wenn auch minimal niedriger als bei den 18- bis 20-Jährigen). Und dies gilt grundsätzlich auch in allen Bundesländern in praktisch gleichem Maße, also unabhängig davon, ob dort parallel Kommunalwahlen mit Wahlalter 16 oder 18 stattfanden oder nicht.

Anders stellt sich die Situation dar, wenn wir junge Menschen betrachten, die das Abitur weder haben noch anstreben. Für diese Gruppe sieht man auf den ersten Blick, dass alle Balken kürzer sind – sprich dass das Wissen zum Status der eigenen Wahlberechtigung geringer ausfällt.

Gerade bei den 16- und 17-Jährigen wissen über alle Bundesländer hinweg nur vier von fünf jungen Menschen, dass sie bei der Europawahl wahlberechtigt sind. Bei den 18- bis 20-Jährigen fällt auf, dass der Anteil korrekter Wahrnehmungen in Bundesländern mit paralleler Kommunalwahl und dort gültigem Wahlalter von 18 Jahren am niedrigsten ausfällt. Offenkundig hat das Auseinanderfallen von Wahlaltersgrenzen dort zu Unsicherheiten geführt. Insgesamt zeigt sich jedenfalls, dass sowohl individuelle Faktoren (Bildung, Alter) als auch kontextuelle Merkmale (parallele Kommunalwahlen mit Wahlalter 18) die Wahrnehmungen der eigenen Wahlberechtigung beeinflussen bzw. stören können – letzteres insbesondere bei jungen Menschen mit formaler niedriger Bildung.

Aber es gibt auch gute Nachrichten zu vermelden: In der Nachwahlwelle finden sich diese Muster nicht mehr. Offenkundig ist es im Laufe des Wahlkampfes und rund um den Wahltag gelungen, punktuell vorhandene Unsicherheiten um die eigene Wahlberechtigung aufzulösen.⁴ Auch das zeigt aber: Informationsangebote sind nötig, da eine hohe Informationslage nicht von vornherein vorausgesetzt werden kann. Das gilt perspektivisch umso mehr, wenn der Reiz der Premiere des abgesenkten Wahlalters und die

⁴ Dabei handelt es sich nicht um Selektionseffekte. Die Effekte verschwinden in der Nachwahlbefragung also nicht nur, weil an dieser Welle nur noch bestimmte, potenziell interessiertere Personen teilgenommen haben. Die skizzierten Vorwahlmuster bleiben auch bestehen, wenn man die Vorwahlanalysen nur auf Personen beschränkt, die auch an der Nachwahlwelle teilgenommen haben.

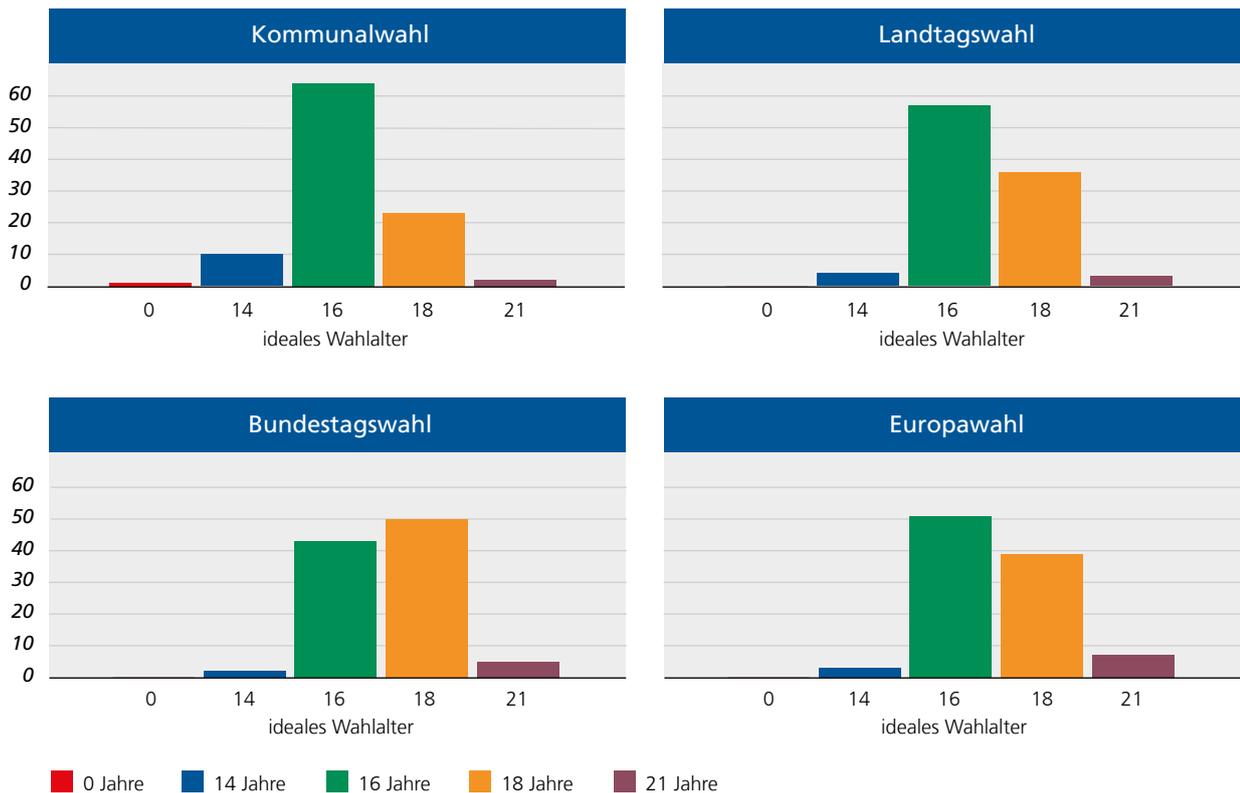
Ideales Wahlalter für Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems

Abb. 5

„Hin und wieder wird ja diskutiert, was das Mindestwahlalter bei verschiedenen Wahlen sein sollte. Ab welchem Alter sollten Ihrer Meinung nach Menschen bei den folgenden Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen?“

[Vorgegebene Antwortkategorien: 0 Jahre, 14 Jahre, 16 Jahre, 18 Jahre, 21 Jahre.]

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

damit einhergehende besondere (mediale) Aufmerksamkeit für das Thema, die im Wahljahr 2024 zweifelsohne vorhanden war, verschwunden ist.

Schließlich wollen wir einen Blick auf die 15-Jährigen werfen, die bei der Europawahl 2024 außen vor blieben. Sie haben wir gefragt, ob sie sich darüber ärgern, nicht wählen zu dürfen. Dabei ergibt sich ein interessantes Muster, das Abbildung 4 zeigt: Zunächst einmal bestätigen sich auch hier Unterschiede nach dem Grad formaler Bildung, denn auch das Ausmaß des Ärgers hängt von

der Frage „Abitur: ja oder nein?“ ab. Bei „ja“ fällt der Ärger insgesamt größer aus als bei „nein“; in letzterem Fall ist gerade der Anteil derer, die sich nach eigenen Angaben überhaupt nicht ärgern, recht groß. Bemerkenswert ist aber erneut der Vorwahl-/Nachwahlvergleich: Im Rückblick auf die Wahl fällt der Ärger darüber, dass man nicht mitmachen durfte, deutlich größer aus als noch vor der Wahl. Auch das gilt erneut insbesondere bei jungen Menschen mit formal hoher Bildung.⁵ Ein konkreter Verlust wird offenkundig anders bewertet als nur dessen Erwartung im Vorfeld.

⁵ Wie weitergehende, hier nicht im Detail ausgewiesene Analysen zeigen, ist mit der Wahlberechtigung auch eine gewisse Freude verbunden, wobei sich auch hier Gruppenunterschiede zeigen: Die Freude fällt bei Menschen mit formal hoher Bildung größer aus; zudem findet sich, was das Alter betrifft, bei den 17-Jährigen die im Durchschnitt größte Freude.

3.2 PRÄFERIERTES WAHLALTER FÜR VERSCHIEDENE WAHLEBENEN

Wechseln wir damit die Ebene – weg von der eigenen Betroffenheit hin zu den Wahrnehmungen und Bewertungen rund um das Wahlalter insgesamt. Welches Wahlalter würden sich junge Menschen auf verschiedenen Wahl-ebenen wünschen? Wir haben die Teilnehmenden an der Jugendstudie zur Europawahl 2024 für verschiedene Wahlebenen – Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Europawahlen – gefragt, wo dort jeweils das Wahlalter ihrer Meinung nach liegen sollte. Bei den Antwortkategorien haben wir uns an aktuellen Debatten, aber auch an historischen Entwicklungen orientiert und daher 0, 14, 16, 18 und 21 Jahre als Optionen angeboten: Während die Alterskategorien 16, 18 und 21 aktuellen bzw. historischen Realitäten entsprechen, wird eine weitere Absenkung auf 14 Jahre von einzelnen Parteien (etwa seitens der Linken) gefordert. Ein Wahlalter von 0 Jahren haben wir aufgenommen, da es immer wieder entsprechende Debatten und auch parteiübergreifende Initiativen aus dem Bundestag heraus gab, die ein Wahlrecht ab Geburt fordern (Faas/Rößteutscher 2023).

Wie Abbildung 5 zeigt, konzentrieren sich die Antworten grundsätzlich auf die beiden aktuell sichtbarsten Optionen – 16 und 18 Jahre. Für ein Wahlalter ab 0 Jahren findet sich praktisch keine Unterstützung; für die beiden Optionen 14 und 21 Jahre nur unwesentlich stärkere. Wenn wir

uns die beiden Optionen 16 vs. 18 Jahre anschauen, sehen wir je nach Wahlebene deutliche Unterschiede. Für Kommunalwahlen wird mit großer Mehrheit ein Wahlalter ab 16 Jahren unterstützt; auch für Landtags- und Europawahlen findet das auf 16 Jahre abgesenkte Wahlalter noch mehrheitlich Unterstützung, wenn auch mit kleiner werdendem Abstand zwischen beiden Optionen. Wenn es aber um die Bundestagswahl geht, dreht sich das Muster um: Hier wird ein Wahlalter von 18 Jahren mehrheitlich bevorzugt. Insgesamt unterstützen junge Menschen damit mehrheitlich den Status quo – was wohl auch bedeutet, dass sie gar keine allzu feste Meinung zum Thema haben und sie in der Folge auch keinen starken Reformwillen entwickeln. Es scheint dann für viele erst einmal naheliegender, beim Status quo zu bleiben.

Über dieses Gesamtbild hinaus zeigen sich bemerkenswerte und offenkundig auch unterschiedlich motivierte Differenzen zwischen verschiedenen Teilgruppen junger Menschen. Wenn wir exemplarisch das gewünschte Wahlalter bei Europawahlen betrachten (Abbildung 6), so zeigen sich dort zunächst deutliche, mit dem Alter der Befragten verbundene Unterschiede: „Ältere junge Menschen“ (zwischen 18 und 20 Jahren) unterstützen auch bei Europawahlen mehrheitlich ein Wahlalter von 18; das ist bei den jüngeren Befragten nicht der Fall. Die größte Unterstützung für das Wählen ab 16 finden wir bei 16- und 17-Jährigen. Offenkundig hat die Unterstützung für solche Reformen etwas mit eigenen Interessen zu tun. Das sieht

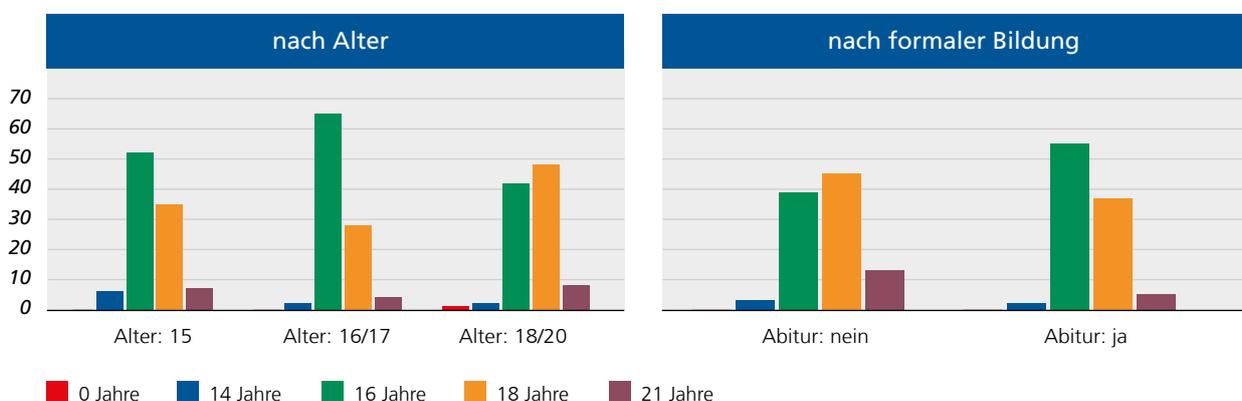
Ideales Wahlalter bei der Europawahl nach Alter bzw. formaler Bildung

Abb. 6

„Hin und wieder wird ja diskutiert, was das Mindestwahlalter bei verschiedenen Wahlen sein sollte. Ab welchem Alter sollten Ihrer Meinung nach Menschen bei den folgenden Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen?“

[Vorgegebene Antwortkategorien: 0 Jahre, 14 Jahre, 16 Jahre, 18 Jahre, 21 Jahre.]

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

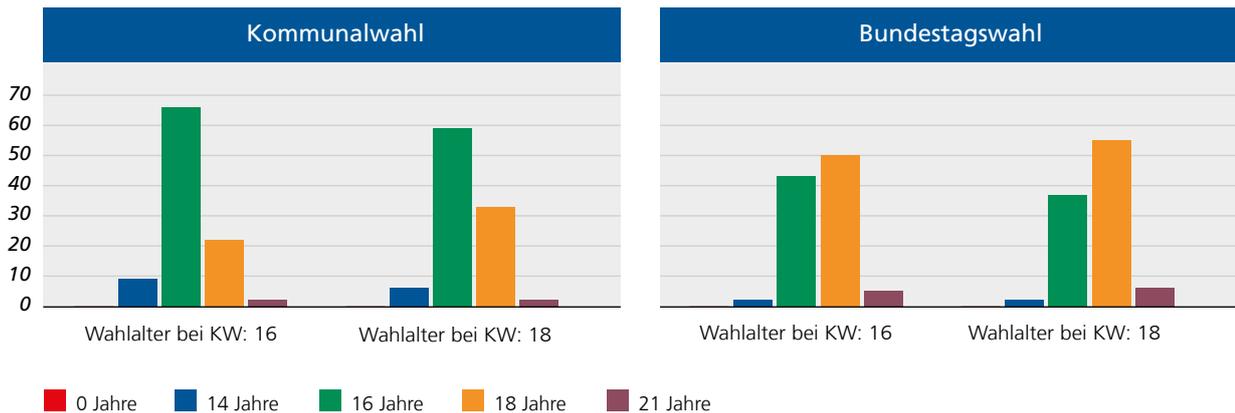
Ideales Wahlalter bei Kommunal- und Bundestagswahlen nach geltendem Wahlalter bei gleichzeitig stattfindender Kommunalwahl

Abb. 7

„Hin und wieder wird ja diskutiert, was das Mindestwahlalter bei verschiedenen Wahlen sein sollte. Ab welchem Alter sollten Ihrer Meinung nach Menschen bei den folgenden Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen?“

[Vorgegebene Antwortkategorien: 0 Jahre, 14 Jahre, 16 Jahre, 18 Jahre, 21 Jahre.]

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent, nur Befragte aus Bundesländern, in denen zeitgleich eine Kommunalwahl stattfand



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

man auch daran, dass wir bei den befragten 15-Jährigen die relativ größte Unterstützung für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre finden.

Der rechte Teil der Abbildung 6 zeigt darüber hinaus Bildungsunterschiede, die nicht direkt mit eigenen Betroffenheiten in Verbindungen stehen. In der Tatsache, dass junge Menschen mit formal hoher Bildung eher für ein Wahlalter von 16 Jahren eintreten, kommt vielmehr ihre größere Nähe zur Politik, aber auch ein größeres Selbstvertrauen in die eigene Rolle zum Ausdruck. Bei jungen Menschen, die kein Abitur haben oder anstreben, gilt dies nicht in gleichem Maße. Hier fällt sogar der Anteil derer, die sich für ein Wahlalter erst ab 21 Jahren aussprechen, recht hoch aus.

Schließlich finden sich neben individuellen auch kontextbasierte Einflussfaktoren. Schon das erste, in Abbildung 5 dargestellte Muster hat eine Orientierung am Status quo gezeigt: Bei Bundestagswahlen gilt ein Wahlalter ab 18 – und dieses Alter wird für diese Wahl auch mehrheitlich unterstützt; „Wählen ab 18“ gilt aber auf den anderen Ebenen des politischen Systems nicht oder zumindest nicht einheitlich, was die Antwortverteilungen bezogen auf diese Ebenen auch widerspiegeln. So zeigt sich auch im linken Teil der Abbildung 7 eine mehrheitliche Zustimmung für

das „Wählen ab 16“ bei Kommunalwahlen, die in Ländern, in denen dies bereits eingeführt ist, noch einmal stärker ausfällt. Die rechte Seite von Abbildung 7 zeigt schließlich, dass es auch gewisse Spillover-Effekte zwischen den Ebenen gibt. Wir können dazu einfach Befragte aus den Bundesländern, in denen am 9.6.2024 auch eine Kommunalwahl mit Wahlalter 16 stattfand, mit jenen vergleichen, in denen am 9.6.2024 eine Kommunalwahl mit Wahlalter 18 stattfand. Und wir sehen: Die Unterstützung für das „Wählen ab 16“ ist dort schwächer, wo man im Kommunalen noch „Wählen ab 18“ erlebt – und das eben nicht nur bezogen auf Kommunalwahlen, sondern auch bezogen auf Bundestagswahlen, wie der rechte Teil der Abbildung 7 zeigt.

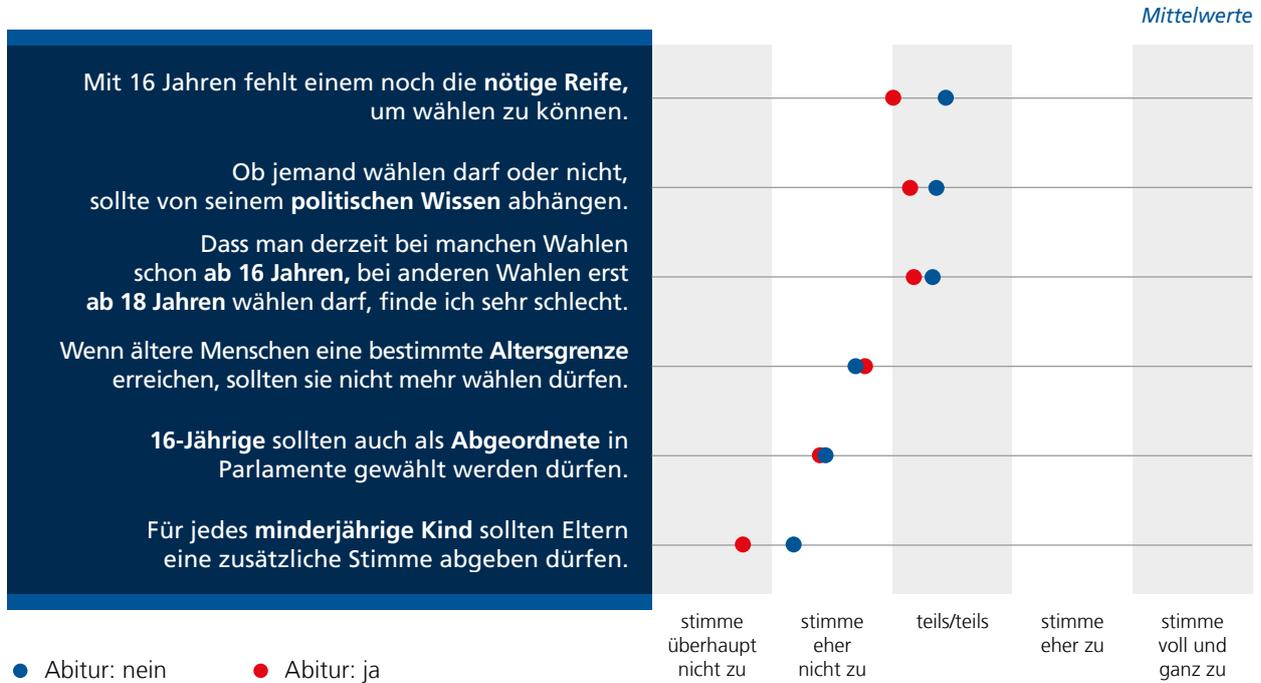
Diese Muster, die für eine Orientierung der Antworten am Status quo sprechen, bedeuten aber auch: Die Einstellungen junger Menschen zum Wahlalter sind nicht in Stein gemeißelt, sondern durchaus flexibel. Skeptische Antworten zu Absenkungen des Wahlalters sollte man demnach nicht automatisch in die Zukunft projizieren; vielmehr ließen sich auch für die Zukunft Anpassungen an einen potenziell geänderten Status quo erwarten. Das zeigen nicht zuletzt die Antworten zum idealen Wahlalter bei Europawahlen, die mehrheitlich eine Unterstützung für „Wählen ab 16“ zeigen.

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen rund um das Wahlalter nach formaler Bildung

Abb. 8

„Im Folgenden finden Sie einige Aussagen rund um das Wahlalter. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht.“

[Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme voll und ganz zu“. Antwortkategorie „weiß nicht“ hier ausgeschlossen.]



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

3.3 „WÄHLEN AB 16“ UND ANDERE OPTIONEN DES WAHLRECHTS

Mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist die Idee verbunden, das politische Gewicht junger Menschen, gerade auch in Zeiten des demografischen Wandels, zu stärken. Aber natürlich gibt es noch anderen Ideen und Maßnahmen, die teils auch schon politische Praxis sind. In Baden-Württemberg etwa wurde jüngst eine Reform des Kommunalwahlrechts verabschiedet, in deren Folge 16- und 17-Jährige auch in kommunale Parlamente gewählt werden dürfen. Es wurde also das Mindestalter für das passive Wahlrecht gesenkt (während wir hier bislang ausschließlich das aktive Wahlrecht betrachtet haben). Allerdings werden solche Reformen beim aktiven und passiven Wahlrecht auch durchaus kontrovers gesehen – häufig mit dem Hinweis, jungen Menschen fehle insgesamt die nötige Reife für das Wählen (und das Gewähltwerden, Faas/Könneke 2021). Wenn man die Stoßrichtung dieser Argumente allerdings ausweitet, führt dies schnell zu einem bedingten Wahlrecht, also einem

Wahlrecht, das an die Erfüllung bestimmter Bedingungen wie Reife und Wissen geknüpft ist. Wir wollten deshalb wissen: Wie stehen junge Menschen selbst zu solchen Argumenten? Wie schätzen sie ihre eigene politische Reife ein?

Darüber hinaus ist auch zu bedenken, dass die Absenkung des Wahlalters nur eine Möglichkeit ist, den (relativen) Einfluss junger Menschen an Wahltagen und darüber hinaus auf die Politik zu erhöhen. Als Alternative werden auch immer wieder Forderungen laut, ein „Familienwahlrecht“ einzuführen, bei dem Eltern für ihre (minderjährigen) Kinder zusätzliche Stimmen erhalten würden. Als noch radikalere Maßnahme wird zuweilen gefordert, das Wahlrecht für Ältere mit dem Erreichen einer gewissen Altersgrenze zu kappen (Faas/Roßteutscher 2023). Auch zu diesen Themenkomplexen wollten wir die Sicht junger Menschen kennenlernen. Zudem wollten wir erfahren, wie junge Menschen selbst zu dem „Flickenteppich“ beim Wahlalter stehen, also dem Umstand, dass das Wahlalter je nach Land und Wahl zwischen 16 und 18 Jahren variiert.

Die Ergebnisse zu all diesen Themenkomplexen zeigt Abbildung 8 in Form von Mittelwerten zu verschiedenen Aussagen (mit jeweils fünfstufigen Antwortskalen), die wir unseren Befragten vorgelegt haben. In der Abbildung finden sich die genauen Wortlaute der Fragen. Insgesamt fällt auf, dass keine der Aussagen auf breite Zustimmung bei jungen Menschen trifft – womit allerdings verschiedene inhaltliche Punkte verbunden sind. Die größten Zustimmungswerte (genau genommen: die geringste Ablehnung) finden Aussagen, wonach 16-Jährigen die nötige Reife fehle; gefolgt von der Aussage, nur Wissende sollten wählen dürfen. Junge Menschen gehen also offenkundig mit sich und ihren Altersgenoss:innen recht streng ins Gericht. Dabei zeigen sich bei beiden Aussagen auch gewisse Unterschiede nach dem Grad formaler Bildung – erneut besteht eine größere Zurückhaltung in Bezug auf die Ausweitung des Wahlrechts bei Menschen, die kein Abitur haben oder anstreben.

Auch der Flickenteppich beim Wahlalter – Wählen ab 16 hier, Wählen ab 18 dort – löst keine besonders starken Reaktionen aus. Die Frage, ob sie solche Muster „schlecht finden“, löst jedenfalls keine Zustimmung aus – das Problem wird nicht wirklich als solches gesehen oder als dringlich empfunden. Klare Ablehnung findet man dagegen bei anderen Themen: Eine Wahlaltersgrenze für Ältere wird abgelehnt, ebenso die Idee, dass 16-Jährige in Parlamente gewählt werden dürfen. Auf die stärkste Ablehnung trifft die Idee eines Familienwahlrechts, bei dem Eltern stellvertretend für minderjährige Kinder zusätzliche Stimmen erhalten. Bei Menschen mit formal hoher Bildung fällt sie sogar noch geringer als bei anderen aus. Schaut man sich anstelle von Bildungs- die Altersunterschiede an (Ergebnisse nicht ausgewiesen), so finden sich diese vor allem für die Frage der Reife bei 16-Jährigen: Diese bewerten 18- bis 20-Jährige skeptischer als die Jüngeren. Insgesamt werden die Aussagen aber sehr ähnlich bewertet, auch wenn man sich Differenzierungen nach Stadt/Land, Ost/West oder Geschlecht anschaut.

3.4 ZWISCHENFAZIT

Insgesamt ist das „Wählen ab 16“ für viele junge Menschen Realität, gerade wenn es um Kommunal-, Landtags- oder seit 2024 eben auch Europawahlen geht. Das spiegelt sich vor allem in den Antworten zum – aus ihrer Sicht – idealen Wahlalter für diese verschiedenen Wahlebenen wider. Zugleich sehen wir aber an verschiedenen Stellen, gerade bei Binnendifferenzierungen nach dem Grad formaler Bildung, auch Unsicherheit und Zurückhaltung. Dies beginnt schon bei der Frage des Wissens um die eigene Wahlberechtigung. Es gilt aber auch, wenn es um die Wahrnehmungen der eigenen Rolle und Kompetenz geht. Gewisse Zweifel an der Reife 16- und 17-Jähriger werden laut, zudem wird auch die Aussage, dass nur Wissende wählen dürfen, nicht einhellig abgelehnt. Das Wahlrecht für Ältere zu kappen, wird dagegen stark abgelehnt, ebenso das passive Wahlrecht für 16- und 17-Jährige oder auch Änderungen im Sinne eines Familienwahlrechts.

Knallharte Durchsetzung eigener Interessen sieht letztlich anders aus – aber man kann das alles auch so lesen, dass Unsicherheiten rund um die eigene Rolle und die eigenen Interessen verbreitet sind. Dafür spricht die erkennbare Orientierung am Status quo bei den Fragen nach dem idealen Wahlalter. Die Meinungen junger Menschen sind keineswegs und unabhängig von geltendem Recht fix, sondern durchaus flexibel. Dafür sprechen auch einige Unterschiede zwischen der Vor- und der Nachwahlbefragung – etwa der im Laufe des Wahlkampfes offenkundig größer gewordene Ärger bei 15-Jährigen darüber, dass sie nicht wählen durften, aber auch das zunehmende Wissen über die eigene Wahlberechtigung. ←

4

INFORMIERTHEIT UND INFORMATIONSVERHALTEN

An einigen Stellen haben wir bereits gewisse Unsicherheiten bei den Betroffenen feststellen können; sogar die Aussage, dass Menschen nur dann ein Wahlrecht haben sollten, wenn sie über genügend Wissen verfügen, fand eine gewisse Zustimmung bei den jungen Befragten. Natürlich ist es höchst wünschenswert, dass Wahlberechtigte mit viel Wissen rund um die zur Wahl stehenden Personen und Parteien und deren Positionen in die Wahlkabine gehen, um ihr Kreuzchen zu machen. Allerdings ist dies weniger eine normative als vielmehr eine empirische Frage. Das Wahlrecht ist grundsätzlich kein bedingtes Recht. Erinnert sei an dieser Stelle auch an zahlreiche Wissensstudien, die regelmäßig zu dem Ergebnis kommen, dass bei Weitem nicht alle Menschen (und das gilt weit über den Kreis junger Menschen hinaus) alles wissen – eher das Gegenteil ist der Fall. „The mean is low and the variance is high“ – auf diese berühmte Formel hatte Philip Converse (1990: 372) einmal den Stand des Wissens in der Bevölkerung zugespitzt. In jedem Fall ist dies der Hintergrund, vor dem wir uns nun Fragen der subjektiven Informiertheit und

dem Informationsverhalten, insbesondere auch mit Blick auf neue soziale Netzwerkplattformen zuwenden wollen.

4.1 SUBJEKTIVE INFORMIERTHEIT

Wenden wir uns im ersten Schritt der subjektiven Informiertheit junger Menschen zu: „Wie gut oder schlecht fühlen Sie sich über die politischen Parteien und ihre Programme zur Europawahl informiert?“, lautete unsere Frage. Mit Blick auf Abbildung 9 ließe sich in Anlehnung an Converse bezogen auf die subjektive Informiertheit sagen: „The mean is close to the middle and the variance is high.“ Vor der Wahl sehen wir die mittlere Antwortkategorie als häufigste Nennung. Auffallend ist dabei, dass dieses Muster für Befragte, die nicht das Abitur haben oder anstreben, im Vergleich sogar noch deutlicher hervortritt – ohne dass damit Unterschiede zwischen beiden Gruppen im Mittel verbunden wären. Vielmehr sind bei

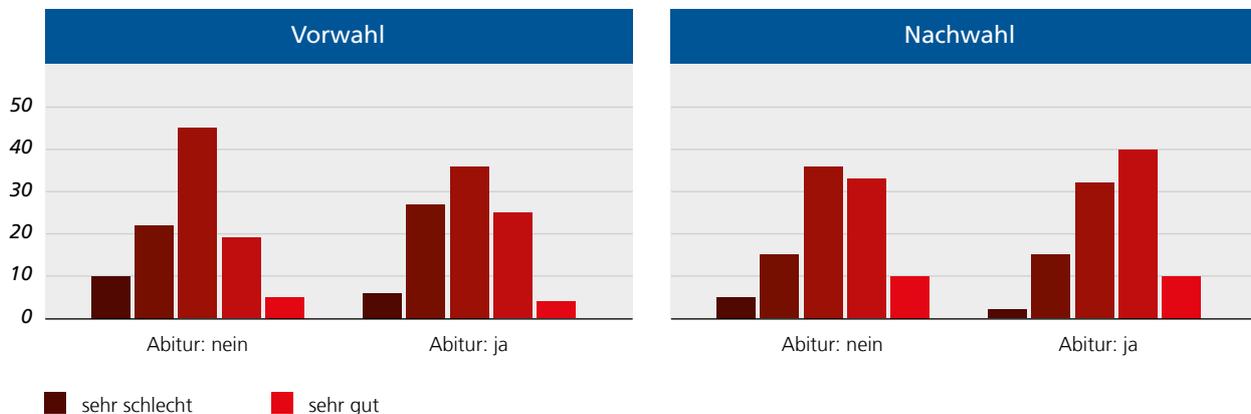
Subjektive Informiertheit über Parteien und Programme zur Europawahl nach formaler Bildung in der Vor- und Nachwahlwelle

Abb. 9

„Wie gut oder schlecht fühlen Sie sich über die politischen Parteien und ihre Programme zur Europawahl informiert?“

[Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „sehr schlecht“ und „sehr gut“. Für die Nachwahlbefragung entsprechend rückblickend erfragt.]

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

jungen Befragten mit formal hoher Bildung die beiden Kategorien links und rechts der Mitte stärker besetzt, es gibt also sowohl relativ mehr Befragte in dieser Gruppe, die sich eher schlecht, aber auch relativ mehr, die sich eher gut informiert fühlen.

Schaut man sich allerdings die Verteilung in der Nachwahlwelle an, so zeigen sich differenzielle Verschiebungen: Bei jungen Befragten mit formal hoher Bildung ist die Kategorie „eher gut“ nun die am häufigsten genannte. Das gilt in der Vergleichsgruppe ohne Abitur nicht. Hier ist weiterhin die mittlere Kategorie (knapp) die häufigste. Menschen mit formal hoher Bildung haben demnach mehr aus dem Wahlkampf ziehen können als andere, zumindest fühlt sich das für sie so an. Andere Gruppenunterschiede lassen sich kaum ausmachen: 15-Jährige fühlen sich etwas schlechter informiert als ältere Befragte; männliche

Befragte im Vergleich zu weiblichen etwas besser, ohne dass sich damit aber etwas an den berichteten Grundstrukturen ändern würde (Ergebnisse nicht ausgewiesen).

4.2 POLITISCHE MEDIENNUTZUNG

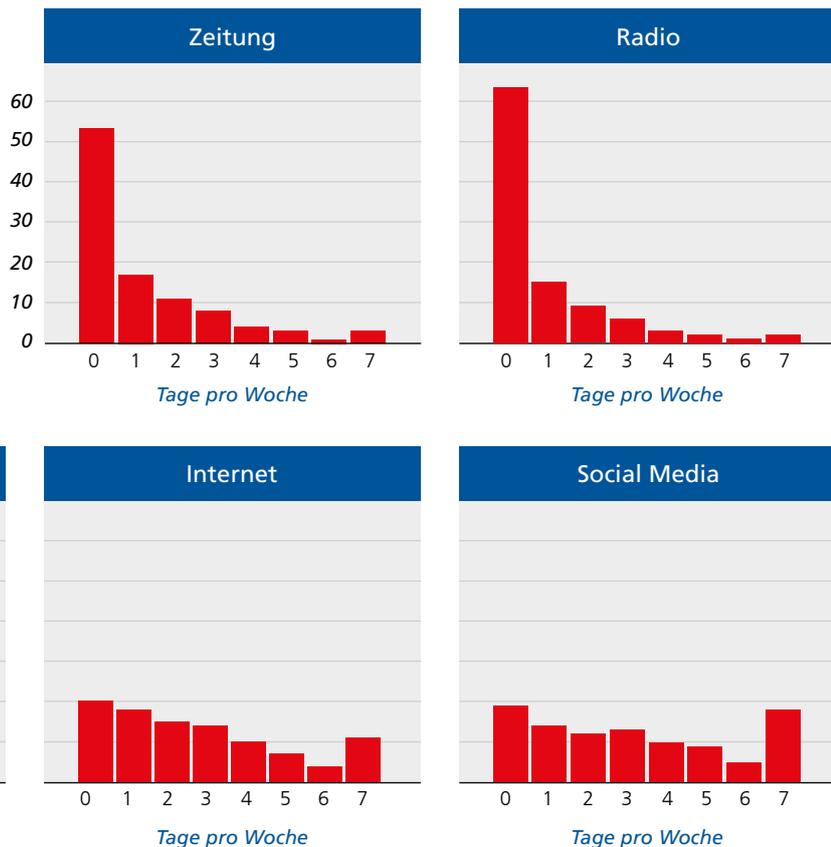
Nach der subjektiven Informiertheit wollen wir uns im nächsten Schritt der Frage zuwenden, wie das (berichtete) Mediennutzungsverhalten der von uns befragten jungen Menschen aussieht. Auch wenn es in Zeiten des Medienwandels und der Medienkonvergenz zunehmend seltsam anmutet, haben wir dies mit einer Sequenz von Fragen zur (politischen) Mediennutzung mittels Zeitungen, Radio, Fernsehen, Internet und Social Media erfragt.⁶ Die Befragten sollten dabei an die „vergangene Woche“ denken und die Nutzungsintensität in Tagen pro Woche angeben.

Nutzung verschiedener Informationskanäle im Wahlkampf vor der Europawahl 2024

Abb. 10

„An wie vielen Tagen in der vergangenen Woche haben Sie sich über folgende Informationsquellen über den Wahlkampf und die Parteien zur Europawahl informiert?“

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, Angaben in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

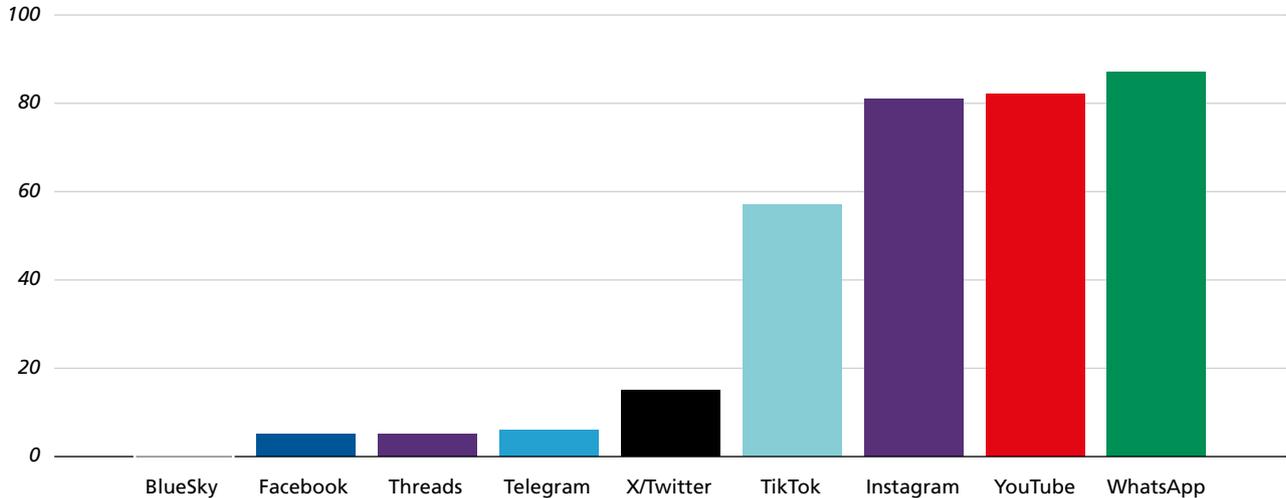
⁶ Die genauen Vorgaben waren „Nachrichten/Informationssendungen im Fernsehen oder einer Mediathek“, „Nachrichten/Informationssendungen im Radio oder einer Audiothek“, „Beiträge über Politik in gedruckten oder elektronischen Zeitungen“, „Beiträge über Politik im Internet“, „Beiträge über Politik in sozialen Medien“.

Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen

Abb. 11

„Nun wüssten wir gerne von Ihnen, welche der folgenden sozialen Medien Sie gelegentlich oder regelmäßig nutzen. Bitte kreuzen Sie alle an, die Sie gelegentlich oder regelmäßig nutzen.“

Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Die resultierenden Muster zeigt Abbildung 10. Demnach sind Radio und Zeitungen weitgehend jugendfreie Räume, wenn es um das politische Informationsverhalten geht. Über die Hälfte der Befragten nennt hier jeweils den Wert 0; auch die resultierenden Mittelwerte liegen mit 0,9 bzw. 1,2 Tagen pro Woche sehr nah an der Minimalkategorie.⁷ Auch für das Fernsehen zeigt sich ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so dramatisches Bild: Hier überwiegt ebenfalls die Nichtnutzung – der Mittelwert liegt bei 1,5 Tagen pro Woche.

Die Muster, die für „Internet“ und „Social Media“ resultieren, sehen dagegen anders aus; sie sind aber auch kein Spiegelbild der Muster für Zeitung, Radio und Fernsehen. Es ist also nicht so, dass junge Menschen sich selbstverständlich und tagtäglich im Netz über Politik informieren. Es zeigt sich vielmehr ein bipolares Muster: Viele junge Menschen nutzen täglich das Internet und insbesondere Social-Media-Plattformen, um sich über Politik zu informieren. Aber es gibt ebenfalls einen erheblichen Teil junger Menschen, der auch in den Weiten des Netzes mit Politik offenkundig nicht in Berührung kommt. Darin liegt die große Herausforderung des Medienwandels: Es wird eben nicht nur ein Kanal (z. B. Fernsehen) durch einen anderen (z. B. Social Media) ersetzt, sondern damit gehen auch ganz neue Selektivitäten einher. Jungen Men-

schen ohne politisches Interesse werden von Onlinequellen, die politische Inhalte selektiver verbreiten, systematisch seltener politische Informationen angeboten (Faas/Könneke 2023, 2024). Mindestens bei der Nutzung des „Internets“ zeigt sich dies auch in sichtbaren Unterschieden nach dem Grad formaler Bildung: Junge Menschen mit formal niedriger Bildung berichten häufiger von einer Nutzung an 0 Tagen; das ist bei jungen Menschen mit formal hoher Bildung nicht in gleichem Maße der Fall. Für die politische Nutzung von Social Media zeigt sich dies allerdings bemerkenswerterweise nicht.

4.3 SOCIAL MEDIA UND POLITIK

Genau dieser Nutzung von Social-Media-Plattformen und ihrer politischen Bedeutung wollen wir uns im nächsten Schritt noch detaillierter zuwenden. Zunächst geht es um die Frage, welche Plattformen überhaupt von jungen Menschen genutzt werden; die Frage der politischen Nutzung bleibt dabei zunächst noch unberücksichtigt. Abbildung 11 zeigt die entsprechenden Ergebnisse, wie wir sie bei unserer Befragung im Mai/Juni 2024 vor der Europawahl erfasst haben. Wir sehen drei sehr weit verbreitete Plattformen (WhatsApp, YouTube, Instagram), ein aufstrebendes Netzwerk (TikTok), eine

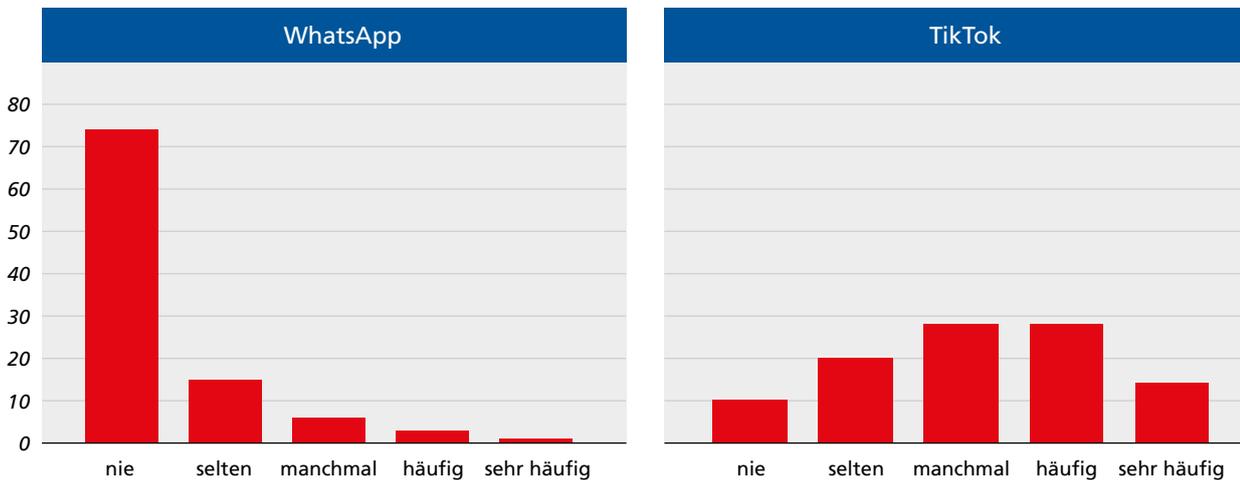
⁷ Gerade die Werte für das Radio sind dabei durchaus überraschend, wenn man an die Beliebtheit von Podcasts denkt. Offenkundig ist dies in den Köpfen junger Menschen aber nicht mit dem Begriff „Radio“ verbunden.

Häufigkeit politischer Inhalte auf WhatsApp und TikTok

Abb. 12

„Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der vergangenen Woche gesehen haben: Wie häufig hatten diese einen Bezug zu Politikerinnen und Politikern, Parteien oder politischen Themen zur Europawahl?“

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Nische (X/Twitter) und eine Reihe weiterer Plattformen, die in der Breite innerhalb der Gruppe junger Menschen keine Rolle spielen (BlueSky, Facebook, Telegram, Threads).

Schaut man in bestimmte Teilgruppen, so zeigen sich dort in ihrer Größenordnung durchaus bemerkenswerte Unterschiede nach Geschlecht: Während die Nutzungsraten von X/Twitter und YouTube bei männlichen Befragten deutlich höher sind, sehen die Anteile bei Instagram und TikTok spiegelbildlich aus. Unterschiede zwischen Instagram und TikTok werden darüber hinaus auch bei einer Differenzierung nach dem Alter der Befragten erkennbar: Bei den Jüngsten ist TikTok Instagram dicht auf den Fersen, ohne damit aber auch YouTube in seiner Spitzenstellung herauszufordern. TikTok (und Facebook) sind zudem bei Menschen mit geringerer formaler Bildung „angesagter“; das Gegenteil gilt für WhatsApp und YouTube.

Insgesamt bestätigen diese Muster Ergebnisse aus anderen Studien zum Mediennutzungsverhalten junger Menschen (wie zum Beispiel der JIM-Studie 2023). Im Kontext einer Jugendwahlstudie haben sie aber gleichwohl auch eine zentrale Bedeutung. Die Karawanen ziehen mitunter sehr schnell weiter, wie die sich andeutenden Verschiebungen zwischen Instagram und TikTok zeigen. Parteien und Politiker:innen müssen schauen, wie sie dort mitkommen und somit auch dort präsent bleiben können, wo sich junge Menschen ganz selbstverständlich bewegen.

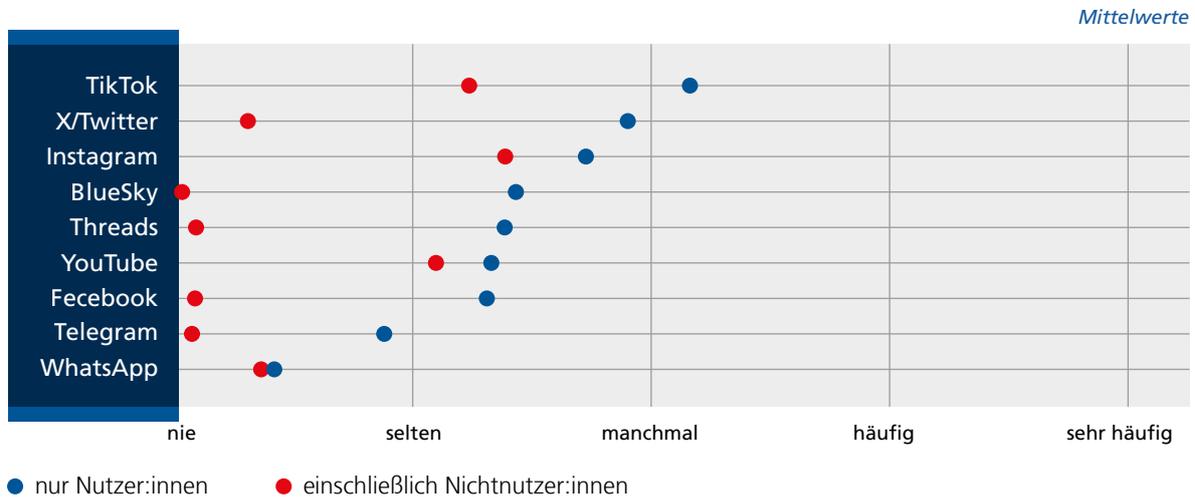
Die bisherige Betrachtung folgt allerdings einer reinen Zugangslogik: Sind die jungen Menschen dort überhaupt „unterwegs“ oder nicht? Dies ist aber nur eine notwendige Voraussetzung dafür, mit politischen Informationen in Kontakt zu kommen. Vor diesem Hintergrund haben wir im nächsten Schritt für alle Plattformen gefragt, wie präsent Politik dort in der Wahrnehmung der Nutzer:innen ist. „Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der vergangenen Woche gesehen haben: Wie häufig hatten diese einen Bezug zu Politikerinnen und Politikern, Parteien oder politischen Themen zur Europawahl?“ – so lautete die Frage, die wir zu jedem genutzten Netzwerk gestellt haben.

Die zwischen den einzelnen Plattformen erkennbaren Unterschiede sind dabei erheblich. Abbildung 12 zeigt dies exemplarisch für WhatsApp auf der einen, TikTok auf der anderen Seite. Politische Inhalte sind bei einem primär als Messenger genutzten Dienst wie WhatsApp eine absolute Ausnahme (der zweitniedrigste Wert resultiert für Telegram); dem steht mit TikTok ein Dienst gegenüber, bei dem nur wenige Nutzer:innen „nie“ mit Politik in Kontakt kommen. Vielmehr sind die Antworten „manchmal“ und „häufig“ die am häufigsten genannten. TikTok ist damit, wenn man zunächst nur die tatsächlichen Nutzer:innen in den Blick nimmt, das „politischste“ Netzwerk (siehe zur Rolle von TikTok im Wahlkampf auch Bösch 2024).

Verbreitung politischer Inhalte auf verschiedenen Social-Media-Plattformen

Abb. 13

„Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der vergangenen Woche gesehen haben: Wie häufig hatten diese einen Bezug zu Politikerinnen und Politikern, Parteien oder politischen Themen zur Europawahl?“



Hinweis: Der rote Mittelwert ergibt sich, wenn man Befragte, die die jeweilige Plattform nicht nutzen, auf „nie“ (0) setzt.

QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Um die politische Relevanz einzelner Plattformen (im Sinne der Verbreitung politischer Inhalte) einschätzen zu können, darf man aber nicht nur die Nutzer:innen einzelner Plattformen fragen, wie viel politischen Content sie dort sehen. Es braucht vielmehr eine integrierte Betrachtung von politischem Content und der Reichweite der Plattform insgesamt. Beide Perspektiven liefert Abbildung 13. Die blauen Punkte zeigen an, wie präsent politische Inhalte auf den Plattformen aus Perspektive der Nutzer:innen sind. Die roten Punkte erweitern die Perspektive und übertragen die Muster auf die Gruppe aller jungen Menschen, indem Nichtnutzer:innen einer Plattform der Kategorie „nie“ zugeordnet werden. Mit anderen Worten: Die Prozentuierungsbasis wird erweitert, nämlich von Nutzer:innen der Plattformen hinzu allen Befragten (also Nutzer:innen wie Nichtnutzer:innen).

Die politischsten Netzwerke im Kontext der Europawahl, wenn man nur Nutzer:innen einbezieht, sind TikTok, X/Twitter und Instagram; am unteren Ende rangieren WhatsApp, Telegram und Facebook. Die Reihung ändert sich allerdings, wenn man die Verbreitung der Plattformen (und damit auch Nichtnutzer:innen) mitberücksichtigt. Als Nischennetzwerk rutscht X/Twitter dann deutlich ab;

Instagram überholt dank der (noch) größeren Verbreitung TikTok und rückt auf Platz 1; TikTok landet auf Platz 2, knapp vor YouTube, das zwar vergleichsweise wenig politischen Content bietet, aber eben doch sehr weit verbreitet ist.

Im letzten Schritt dieser Betrachtung von Social Media im Kontext der Europawahl 2024 wollen wir schließlich der Frage nachgehen, ob und inwieweit bestimmte politische Parteien dort sichtbar waren als andere. Wir haben dies zweistufig erfasst: Erstens mit der Frage, ob „bestimmte Parteien besonders häufig“ in den Netzwerken vorkamen, und zweitens – sofern die erste Frage mit „ja“ beantwortet wurde – mit der Nachfrage: „Und welche Partei kam am häufigsten vor?“⁸

⁸ Die Nachfrage haben wir dabei in zwei verschiedenen Varianten gestellt, nämlich einmal mit der Möglichkeit von Mehrfachantworten, und einmal mit dem Zwang, sich für eine Partei zu entscheiden. Wir zeigen hier nur Letzteres, verbunden aber mit dem Hinweis, dass auch die andere Frage die gleichen Muster liefert.

Wahrgenommene Präsenz von Parteien auf sozialen Netzwerkplattformen

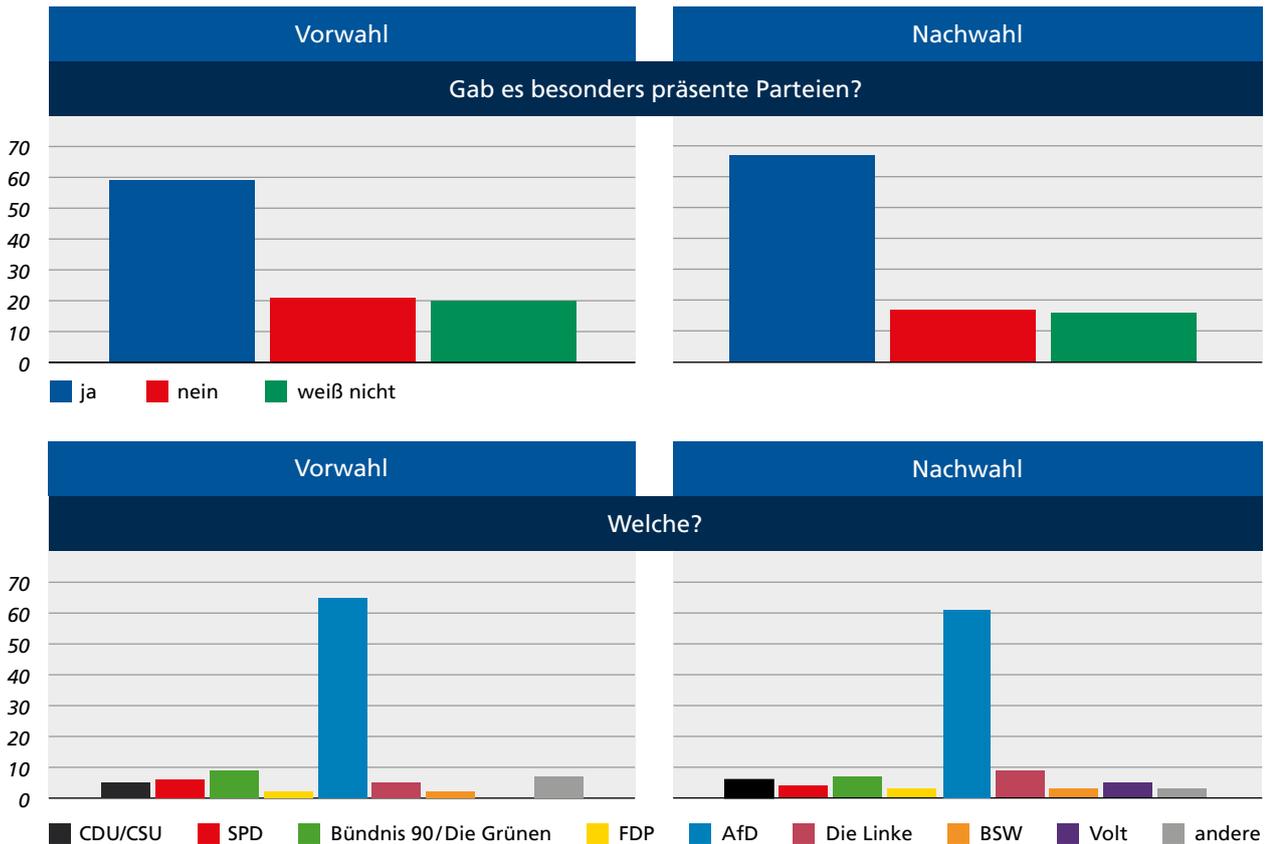
Abb. 14

Falls mindestens ein Netzwerk genutzt wird: „Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der vergangenen Woche gesehen haben: Kamen dort bestimmte Parteien besonders häufig vor?“

Falls ja: „Und welche Partei kam am häufigsten vor?“

[Für die Nachwahl jeweils entsprechend rückblickend erfragt; „Volt“ war nur in der Nachwahlwelle eine der vorgegebenen Optionen.]

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Die resultierenden Ergebnisse zeigt Abbildung 14, einmal für die Vorwahl-, einmal für die Nachwahlwelle. Zunächst einmal sagt über die Hälfte der Befragten, dass es besonders sichtbare Parteien in ihren Netzwerken gibt – in der Nachwahlwelle fällt der Anteil sogar noch etwas höher aus als in der Vorwahlwelle. Ansonsten gibt es dazu aber nur sehr geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen.

Und die Antwort auf die Frage, welche Partei besonders sichtbar ist, fällt ebenfalls in Vor- und Nachwahl ähnlich und sehr deutlich aus: die AfD. Über 60 Prozent der Befragten nennen diese Partei. Schaut man sich die Ergebnisse in verschiedenen Teilgruppen junger Menschen an,

so findet man an dieser Stelle nur geringe Unterschiede nach dem Grad formaler Bildung. Dafür zeigen sich aber Unterschiede nach Alter. Der berichtete AfD-Anteil erreicht bei 15-Jährigen fast 80 Prozent (gegenüber „nur“ knapp über 50 Prozent bei den 18- bis 20-Jährigen). Zwischen Vor- und Nachwahlwelle finden sich dabei nur geringe Unterschiede; die Muster sind also recht robust. Dies verdient insofern besondere Beachtung, weil wir in der Nachwahlwelle als zusätzliche Option auch die Partei Volt angeboten haben, deren Erfolg im öffentlichen Diskurs auch zuweilen mit deren starker Präsenz in sozialen Netzwerken erklärt wurde. Das bestätigt sich hier allerdings nicht.

4.4 ZWISCHENFAZIT

Was bleibt somit an dieser Stelle festzuhalten? Der Wandel der Mediennutzung ist bei jungen Menschen massiv – Zeitung, Radio, Fernsehen spielen fast keine Rolle mehr, zumindest im klassischen Sinne. Sie sind aber nicht einfach durch neue Medien ersetzt worden; vielmehr sehen wir auch dort durchaus selektive Effekte: Manche Menschen nutzen sehr stark Internet und Social Media, um politische Informationen zu erhalten, andere aber auch gar nicht. Wandel sehen wir aber auch im Bereich von Social Media. Drei Plattformen dominieren hier die App-Land-

schaft junger Menschen: YouTube, WhatsApp und Instagram, aber letzteres gerät zunehmend durch TikTok unter Druck, gerade bei den 15-Jährigen. Schaut man sich die Präsenz von politischen Inhalten im Kontext der Europawahl 2024 in den Netzwerken an, erweist sich noch dazu TikTok als ein sehr politisches Netzwerk, das sich – was den Politik-Content-Gehalt betrifft – auf dem Niveau von X/Twitter bewegt. Und dieser politische Content ist noch dazu häufig ein parteipolitischer: Die AfD dominiert diese Netzwerke sehr stark. Auch das zeigt sich besonders deutlich bei 15-Jährigen. Können und wollen die anderen Parteien das einfach so hinnehmen? ←

5 PARTEIEN UND POLARISIERUNG

Mit dem Thema Social Media und der Frage der Präsenz verschiedener Parteien dort haben wir die Brücke zu Parteien (und der Frage möglicher Polarisierungen) bereits geschlagen. Auch im Nachgang zur Europawahl war dies eine viel diskutierte Frage: Wie haben die jungen Menschen gewählt? An vielen Stellen war zu lesen, dass die Jugend „rechts“ gewählt habe. In der Tat war die Unterstützung rechter Parteien höher als noch vor fünf Jahren; zugleich haben wir ein sehr heterogenes Wahlverhalten gesehen. Wie also stehen junge Menschen zu verschiedenen Parteien? Welche Parteien sind für sie grundsätzlich wählbar? Und was bedeutet das für ihren Blick auf andere Parteien und deren Anhänger:innen – wie polarisiert ist die Jugend? Diesen Fragen ist das letzte Kapitel des vorliegenden Berichts gewidmet. Dabei soll es nicht um eine Parteiwahl im Sinne einer Sonntagsfrage gehen. Uns interessiert vielmehr die grundsätzlichere Frage, für welche Parteien junge Menschen offen sind. Wir beginnen daher mit der Frage nach der Wählbarkeit einzelner Parteien, ehe wir uns im zweiten Schritt Fragen der Polarisierung widmen.

5.1 WÄHLBARKEIT VERSCHIEDENER PARTEIEN

„Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen? Sie können mehrere Parteien auswählen“ – diese Frage haben wir gestellt. Die Antworten sind in Abbildung 15 zusammengefasst. Das dortige Bild widerspricht dem gerade in den Medien häufig diskutierten Rechtsruck „der“ Jugend; vielmehr genießen linke Parteien (SPD, Grüne, Linke) großen Zuspruch; die Union ist für knapp 40 Prozent der Befragten, die FDP für rund ein Viertel der jungen Menschen grundsätzlich eine Option. AfD und BSW liegen deutlich dahinter.

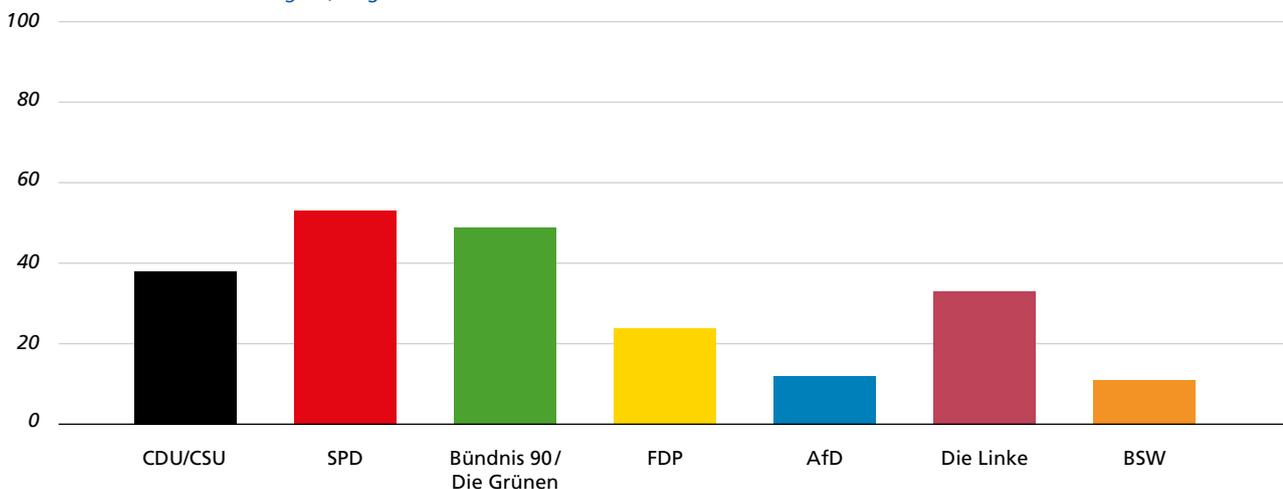
Dieses Muster mag auf den ersten Blick und im Lichte des tatsächlichen Wahlergebnisses bei der Europawahl überraschen. Zugleich wissen wir aus anderen Studien (Wagner/Faas 2022), dass etwa das Potenzial der SPD im Vergleich zu anderen Parteien traditionell recht hoch ist (wie auch umgekehrt ihre explizite Ablehnung in Form von

Wählbarkeit verschiedener Parteien

Abb. 15

„Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen? Sie können mehrere Parteien auswählen.“

Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Nichtwählbarkeit recht niedrig). Auch die Grünen genießen bei jungen Menschen traditionell hohes Ansehen. Nur scheint es diesen Parteien eben 2024 nicht gelungen zu sein, dieses Potenzial auch in tatsächliche Stimmen zu übersetzen. Zu bedenken ist an dieser Stelle auch, dass wir – wie oben ausgeführt – zwar eine vielschichtige, aber keine perfekt repräsentative Stichprobe haben und insbesondere junge Menschen aus (groß)städtischen Kontexten wie auch solche mit formal hoher Bildung eher überrepräsentiert sind. Umso wichtiger ist es, die Ergebnisse in entsprechenden Subgruppen zu betrachten und gegenüberzustellen.

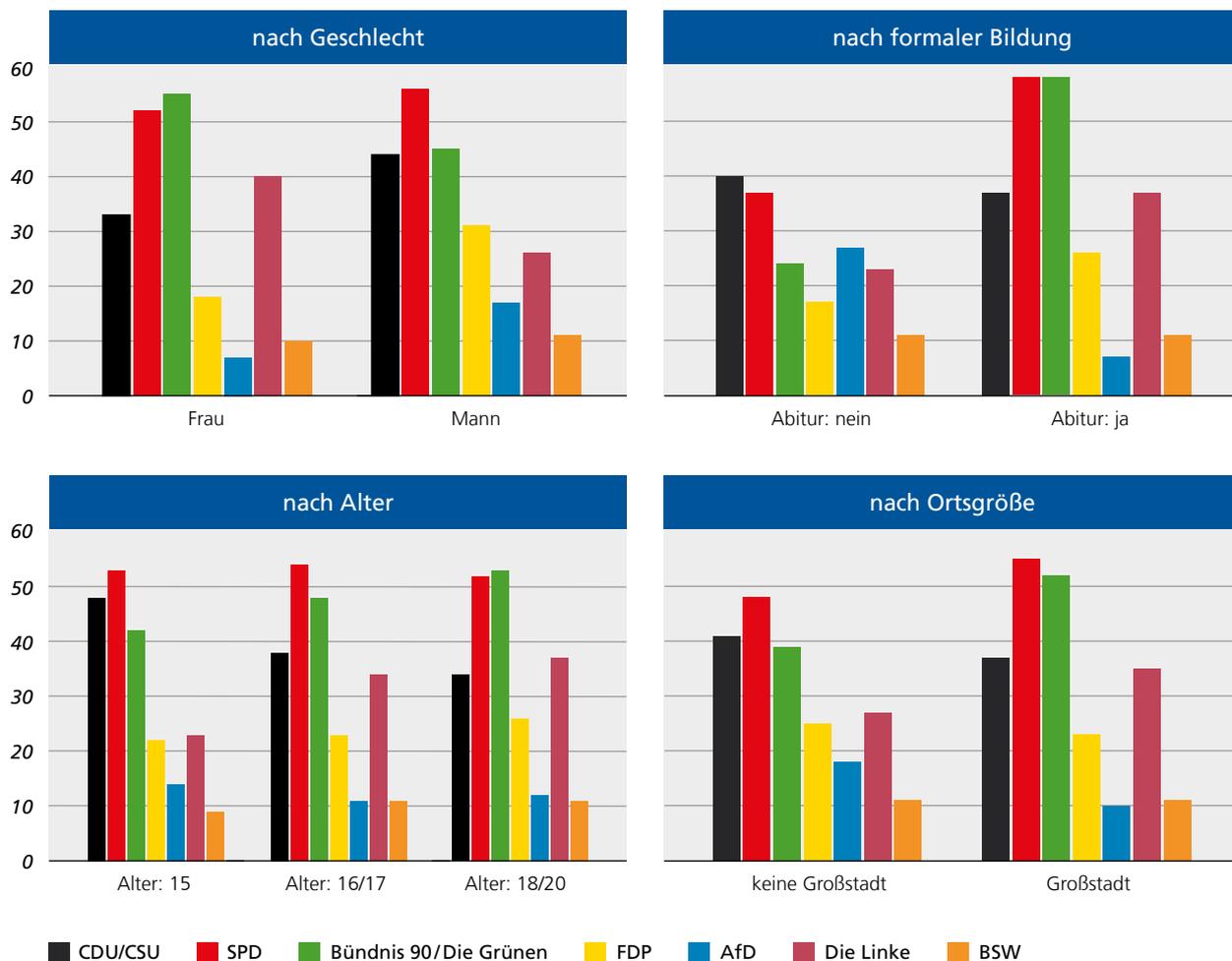
In allen Subgruppen, die wir im Folgenden betrachten, werden sehr deutliche Unterschiede sichtbar (siehe Abbildung 16). Das zeigt in seiner Gesamtheit klar: „Die Jugend“ gibt es nicht. Für unsere männlichen Befragten etwa zeigt sich ein deutlich anderes Muster als für weibliche Befragte: Während für erstere die Balken für Union, AfD und FDP deutlich höher ragen, ist es für Grüne und Linke umgekehrt. Einzig für SPD und BSW fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede gering aus. Insgesamt „ticken“ junge Frauen (etwas) linker als ihre gleichaltrigen männlichen Pendanten. Anders sieht es aus, wenn wir junge Menschen, die das Abitur haben oder anstre-

Wählbarkeit verschiedener Parteien in sozialstrukturellen Gruppen

Abb. 16

„Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen?
Sie können mehrere Parteien auswählen.“

Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

ben, mit jenen vergleichen, für die das nicht gilt: SPD, Grüne, Linke und FDP schneiden bei formal hoher Bildung besser ab; gerade für die AfD gilt das Gegenteil. Bei AfD (27 vs. 7 Prozent) und Grünen (24 vs. 58 Prozent) fallen die Unterschiede dabei am markantesten aus, während sich für Union und BSW nur geringe Bildungsunterschiede ergeben.

Auch wenn wir mit 15- bis 20-jährigen Personen letztlich nur sechs Jahrgänge in unserer Stichprobe haben, so finden sich gleichwohl auch innerhalb dieser engen Altersspanne Unterschiede, die man im Lichte konkreter Erfahrungen mit den jeweiligen Parteien deuten könnte. Je jünger die Befragten sind, desto negativer sehen sie Grüne, FDP und Linke. Umgekehrt werden vor allem die Union und tendenziell auch die AfD positiver gesehen, je jünger die Befragten sind. Für SPD und BSW finden sich dagegen nur geringfügige Unterschiede. Zuletzt haben wir uns angeschaut, welche Rolle die Größe des Wohnorts bei dieser Frage spielt. Einerseits bestätigen sich hier traditionelle Muster. So steigt mit der Ländlichkeit des Raumes die Wählbarkeit der Union, während Grüne und Linke außerhalb von Großstädten seltener Teil des Portfolios junger Menschen sind. Auffällig ist an dieser Stelle auch die Attraktivität der AfD dort.

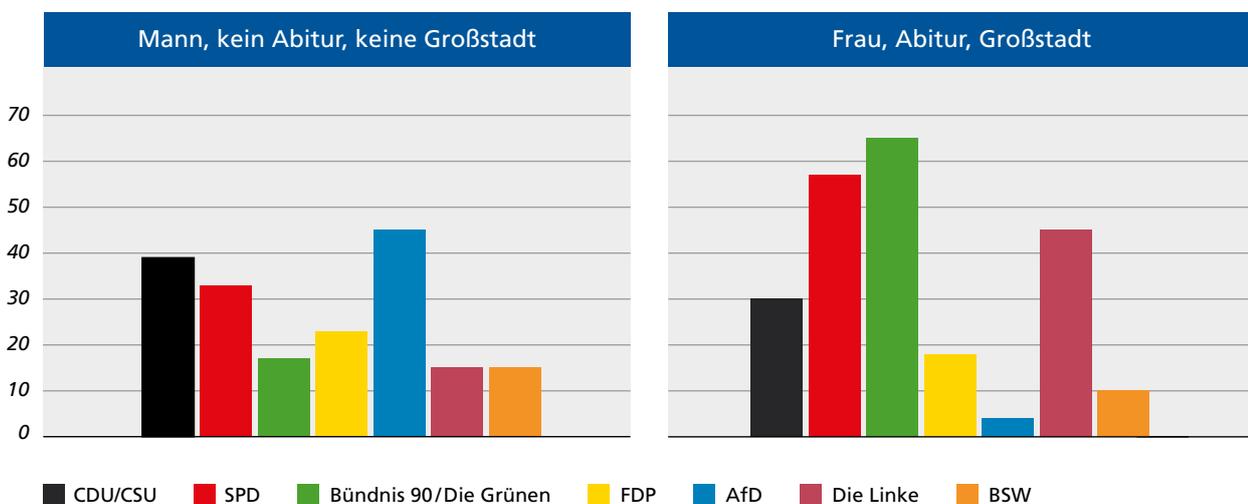
In der bisherigen Betrachtung haben wir uns mit Unterschieden zwischen Gruppen befasst und uns dabei jeweils auf ein Merkmal – Geschlecht, Bildung, Alter, Ortsgröße – konzentriert. Abschließend wollen wir verschiedene Merkmale gleichzeitig in ihren Auswirkungen auf die Wählbarkeit der verschiedenen Parteien in den Blick nehmen. In Abbildung 17 kontrastieren wir zu diesem Zweck einen jungen Mann, der kein Abitur hat oder anstrebt und der nicht in einer Großstadt wohnt, mit einer jungen Frau mit Abitur, die in einer Großstadt lebt. Die resultierenden Unterschiede sind eklatant: In der Gruppe junger Männer ohne Abitur und außerhalb großstädtischer Kontexte liegt die AfD auf Platz 1 aller Parteien, was die Wählbarkeit betrifft. Umgekehrt ist diese Wahloption für junge Frauen mit formal hoher Bildung in der Großstadt praktisch bedeutungslos. In dieser Gruppe junger, formal hochgebildeter Frauen liegen die Grünen vorn, die dafür bei Männern mit formal niedriger Bildung nur sehr bedingt wählbar sind. Ähnliche Unterschiede, wenn auch weniger stark ausgeprägt, sehen wir bei SPD und Linke: Auch sie sind bei vielen jungen, hochgebildeten Frauen in Großstädten eine wählbare Option, aber nur in deutlich geringerem Maße für junge Männer mit formal niedriger Bildung außerhalb der Großstädte. Bei Union, FDP und BSW fallen die Unterschiede zwischen den beiden Kontrastgruppen im Vergleich dazu geringer aus.

Wählbarkeit verschiedener Parteien in zwei Kontrastgruppen

Abb. 17

„Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen?
Sie können mehrere Parteien auswählen.“

Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Insgesamt zeigt diese Betrachtung von Merkmalskombinationen und der resultierenden Kontrastgruppen jedenfalls einmal mehr, dass „einfache Gruppenvergleiche“ – Frauen vs. Männer, niedrige vs. hohe Bildung – wichtige Erkenntnisse liefern, aber eben nicht das ganze Bild, gerade wenn es um politikrelevante Unterschiede geht (Steiner 2023). Da die Effekte einzelner individueller Eigenschaften sich wechselseitig verstärken, resultieren im Ergebnis „krasse Unterschiede“ – die dann auch die Basis für Polarisierungsmuster bilden können.

5.2 AFFEKTIVE POLARISIERUNG

Ausgehend von diesen großen Unterschieden zwischen Gruppen, was die Wählbarkeit der einzelnen Parteien (und insbesondere von AfD und Grünen betrifft) angeht, stellt sich die Frage, ob damit auch weitergehende Effekte auf Politik und Gesellschaft verbunden sind. In der einschlägigen Forschung wird dies unter dem Stichwort einer möglichen „affektiven Polarisierung“ diskutiert. Die Frage lautet dann im Kern: Gehen mit Unterschieden bezüglich der Wählbarkeit und der Wahl verschiedener Parteien auch Tendenzen einher, die Wähler:innen anderer Parteien abzuwerten und abzulehnen und umgekehrt „Gleichgesinnte“ in einem deutlich besseren Lichte zu sehen? Solche Polarisierungsmuster ergeben sich dabei keineswegs zwangsläufig, denn nicht aus jedem Unterschied, den es zwischen Menschen gibt, folgt automatisch eine wechselseitige Auf- oder Abwertung. Es ist vielmehr eine empirische Frage, inwieweit das letztlich (für welche Parteien und Gruppen) zutrifft.

Um diese Frage beantworten zu können, haben wir gefragt: Wie schätzen junge Menschen die Anhänger:innen verschiedener Parteien ein? Stehen sie diesen „kühl und negativ“ oder aber „wohlgesonnen und positiv“ gegenüber? Insgesamt stand den Befragten für ihre Einschätzungen eine Skala von –5 bis +5 zur Verfügung.

Abbildung 18 stellt die Ergebnisse dar. Anhänger:innen von CDU und CSU werden überwiegend neutral wahrgenommen, ersichtlich an dem hohen Anteil der Befragten, die sich für die Mittelkategorie „0“ entscheiden – wobei man bei genauer Betrachtung doch erkennen kann, dass ein Bezug zur CSU etwas mehr negative Gefühle zu wecken scheint als ein Bezug zur CDU. Insgesamt bestätigen beide Muster aber, dass Wählergruppen bestimmter Parteien nicht automatisch als positiv oder negativ wahrgenommen werden, sondern auch mehrheitlich „neutral“ gesehen werden können. Auch die Wahrnehmungen der FDP- und BSW-Anhänger:innen fördern ein ähnliches Muster zutage; eine überwiegende Mehrheit wählt auch hier die neutrale Mittelkategorie. Dass dabei gerade für das BSW der höchste Teil in dieser Kategorie resultiert, mag dabei durchaus verwundern, wird die Partei doch häufig auch als polarisierende Kraft gesehen. Zu bedenken ist dabei allerdings, dass das BSW zum Zeitpunkt der Erhebung im Mai/Juni 2024 noch sehr jung war, sodass man

annehmen kann, dass sich hinter der Null auch ein erheblicher Anteil an Befragten befindet, der sich schlicht noch kein Bild über das BSW (und seine Anhänger:innen) gemacht hat.

Die Muster verändern sich, wenn wir zu den anderen Parteien übergehen. Bezogen auf SPD-Wähler:innen ist die Mittelkategorie noch immer die am häufigsten genannte; zugleich sehen wir hier aber im Vergleich zu den bisher betrachteten Parteien deutlich mehr positive und damit wohlgesonnene Wahrnehmungen. Auch bei Grünen und Linken sehen wir vermehrt Nennungen im positiven Bereich; bei diesen Parteien, aber noch viel mehr bei der AfD, sehen wir eine stärkere Besetzung der Extremkategorie –5.

Bislang haben wir die Einschätzungen der Wähler:innen verschiedener Parteien durch unsere Befragten insgesamt betrachtet. Die Analyse der Wählbarkeiten oben hat aber gezeigt, dass es diesbezüglich erhebliche Gruppenunterschiede gibt, die sich insbesondere bei der gemeinsamen Betrachtung verschiedener Merkmale (in einer dann resultierenden Logik von Kontrastgruppen) gezeigt haben. Auch an dieser Stelle wollen wir dieser Logik von zwei Kontrastgruppen folgen und damit einmal formal hochgebildete Frauen aus Großstädten und als Kontrast dazu einmal junge Männer mit formal geringer Bildung, die nicht in Großstädten leben, betrachten. Noch dazu wollen wir uns in Abbildung 19 exemplarisch auf drei Parteien konzentrieren: AfD und Grüne, da sich bezogen auf beide Parteien in den bisherigen Analysen deutliche Unterschiede gezeigt haben, und im Vergleich dazu die SPD. Auf die ausführliche Darstellung in einzelnen Teilgruppen, die nur auf jeweils einem Differenzierungsmerkmal basieren, verzichten wir an dieser Stelle. Sie zeigen letztlich jeweils jene Muster, die den oben präsentierten Mustern zur Wählbarkeit der Parteien weitgehend entsprechen. Sie verdichten sich dann zu den Kontrastgruppen, die wir im Folgenden darstellen. Für die hier nicht dargestellten Parteien – CDU/CSU, FDP, Linke, BSW – finden sich, wie auch in der Gesamtdarstellung, deutlich schwächere Muster.

Bezogen auf die SPD sehen wir bei jungen, formal niedrig gebildeten Männern, die nicht in Großstädten leben, zwei Auffälligkeiten: SPD-Wähler:innen werden von dieser Gruppe überwiegend „neutral“ wahrgenommen; ebenso gibt es aber einen erheblichen Teil, der der SPD-Anhängerschaft mit sehr starken negativen und kühlen Gefühlen begegnet. Dies ist bei jungen Frauen mit formal hoher Bildung in der Großstadt vollkommen anders: Negative Gefühle löst der Gedanke an SPD-Wähler:innen bei ihnen kaum aus; vielmehr überwiegen neutrale oder gar positive/wohlgesonnene Bewertungen deutlich.

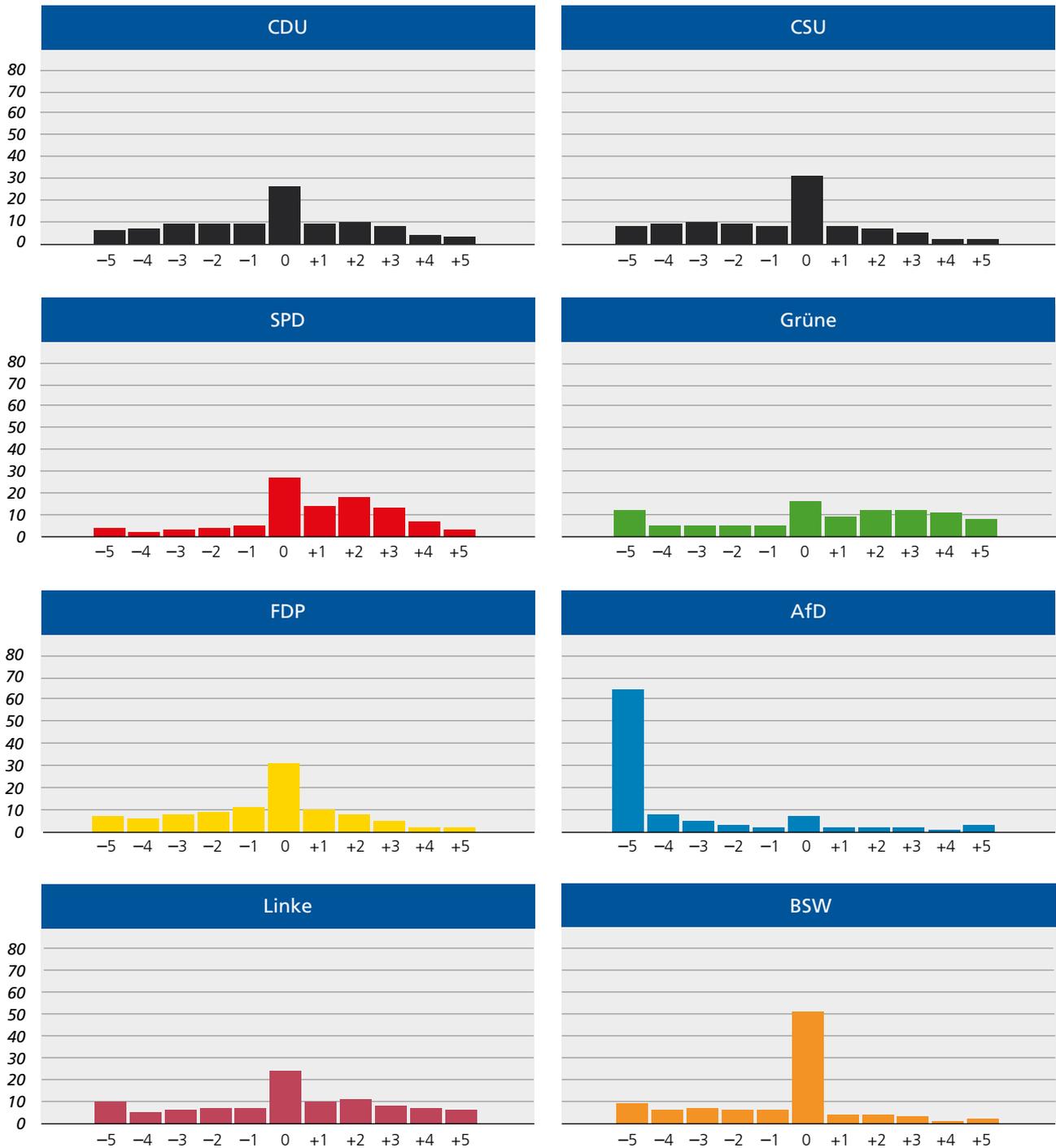
Diese Unterschiede in der Wahrnehmung der SPD-Wähler:innen zwischen den beiden Kontrastgruppen muten jedoch sehr klein an, wenn man sich im Vergleich die Bewertungen der Grünen- bzw. AfD-Wähler:innen anschaut. Fast 50 Prozent der jungen, formal niedrig gebildeten Männer,

Affektive Polarisierung: Wahrnehmung verschiedener Wählergruppen

Abb. 18

„Wenn Sie einmal an verschiedene Gruppen von Wählerinnen und Wählern denken, was empfinden Sie für diese Personengruppen? -5 bedeutet, dass Sie der Gruppe sehr kühl und negativ gegenüberstehen. +5 bedeutet, dass Sie der Gruppe sehr wohlgesonnen und positiv gegenüberstehen.“

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



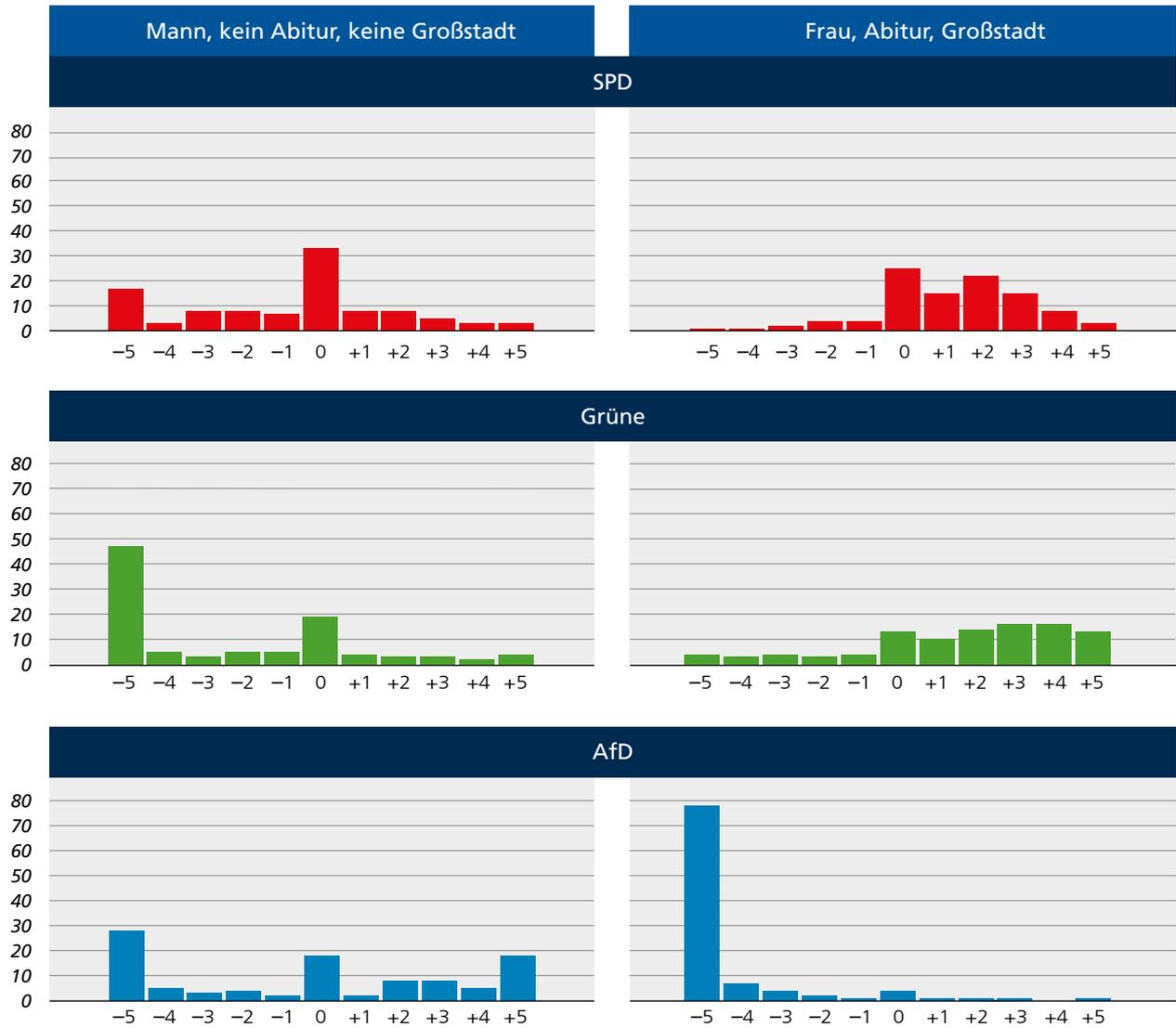
QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

Affektive Polarisierung: Wahrnehmung verschiedener Wählergruppen in zwei Kontrastgruppen

Abb. 19

„Wenn Sie einmal an verschiedene Gruppen von Wählerinnen und Wählern denken, was empfinden Sie für diese Personengruppen? -5 bedeutet, dass Sie der Gruppe sehr kühl und negativ gegenüberstehen. +5 bedeutet, dass Sie der Gruppe sehr wohlgesonnen und positiv gegenüberstehen.“

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien in Prozent



QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

die nicht in der Großstadt wohnen, stehen Anhänger:innen der Grünen mit sehr negativ-kühlen Gefühlen gegenüber und wählen entsprechend den Extremwert -5. Weitere rund 20 Prozent entscheiden sich für die Mittelkategorie; die restlichen Bewertungen verteilen sich über die übrigen Werte (mit entsprechend geringer Zahl an Nennungen) hinweg. Das bedeutet auch, dass es keine Häufung im positiven Bereich bezogen auf grüne Wähler:innen gibt. Gänzlich anders sieht das Bild bei jungen Frauen mit formal höherer Bildung, die in einer Großstadt wohnen, aus: Hier überwiegen neutrale und insbesondere positive Wahrnehmungen der Grünen-Wähler:innen.

Noch polarisierter sind die Wahrnehmungen von AfD-Wähler:innen. In der Gruppe „männlich, kein Abitur, keine Großstadt“ bewerten knapp 30 Prozent die AfD-Wähler:innen mit -5; knapp 20 Prozent wählen die Mittelkategorie 0, aber weitere knapp 20 Prozent auch den positiven Extremwert +5. An keiner anderen Stelle sehen wir einen so hohen Wert für die extrem positive Kategorie. Allerdings darf man auch nicht vergessen, dass –

„selbst“ in dieser Gruppe – auch die strikte Ablehnung der AfD und ihrer Wähler:innen weit verbreitet ist. Diese starke Besetzung beider Ränder, die sich nur bei jungen Männern mit niedriger Bildung außerhalb von Großstädten in dieser Form beobachten lässt, stellt die größte Polarisierung dar, die wir sehen.

Ganz anders sieht es bei jungen, formal hochgebildeten Frauen in Großstädten aus: Hier dominiert ganz klar die extrem negative Kategorie; alle anderen Antwortkategorien – und insbesondere solche, die positive Gefühle vermitteln – sind kaum noch erkennbar.

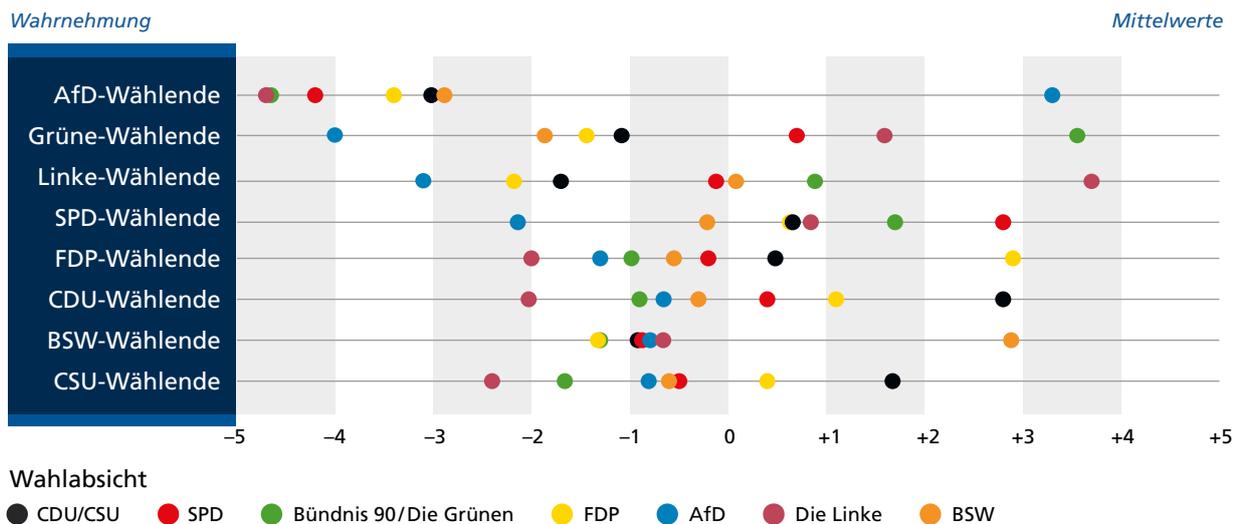
In der bisherigen Betrachtung standen sozialstrukturell definierte Teilgruppen im Fokus, die über Geschlecht, Bildung und Größe des Wohnorts definiert waren. Schließen wollen wir mit unserer unmittelbarsten Betrachtung affektiver Polarisierung, nämlich der wechselseitigen Wahrnehmung von Wähler:innen. Wie sehen Wähler:innen der Union die Wähler:innen verschiedener Parteien? Wie nehmen SPD-Wähler:innen die Wählergruppen

Affektive Polarisierung: Wahrnehmung verschiedener Wählergruppen nach eigener Parteipräferenz

Abb. 20

„Wenn Sie einmal an verschiedene Gruppen von Wählerinnen und Wählern denken, was empfinden Sie für diese Personengruppen? -5 bedeutet, dass Sie der Gruppe sehr kühl und negativ gegenüberstehen. +5 bedeutet, dass Sie der Gruppe sehr wohlgesonnen und positiv gegenüberstehen.“

[Zur Gruppenbildung wurden – in dieser Reihenfolge – Wahlabsichten aus der Vorwahlwelle (allerdings mit noch vielen Unentschlossenen), Parteiidentifikationen sowie ggf. die gewählte Partei aus der Nachwahlwelle herangezogen, um möglichst viele Befragte einer Partei zuordnen zu können.]



LESEHILFE (Beispielhaft für die erste Zeile):

Die Gruppe der AfD-Wähler:innen wird nur von Wähler:innen der AfD (blauer Punkt) positiv gesehen, am negativsten wird die Gruppe von Wähler:innen der Linken und der Grünen wahrgenommen, gefolgt von Wähler:innen der SPD. Mit etwas Abstand, das heißt mit etwas weniger negativer Wahrnehmung, folgen die Anhänger:innen von FDP, CDU/CSU und BSW.

QUELLE: Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024, eigene Darstellung.

wahr, wie Grüne-Wähler:innen usw.? Abbildung 20 zeigt die entsprechenden Ergebnisse. Die einzelnen, farblich markierten Punkte definieren sich über die Wahlabsicht der befragten Personen für die verschiedenen Parteien; die Positionierung der Punkte auf der horizontalen Achse (zwischen -5 und +5) zeigt die affektive Haltung – positiv oder negativ – gegenüber den Wähler:innen verschiedener Parteien an.

Grundsätzlich gilt: Mit der Wahlabsicht für eine Partei gehen jeweils positive Gefühle gegenüber den (gleichgesinnten) Wähler:innen der eigenen Partei einher. In allen Fällen sind die Bewertungen für die Anhängerschaft der „eigenen“ Partei mit Abstand am positivsten; sie liegen meistens im Mittel um +3.⁹ Aus Sicht affektiver Polarisierung ist somit festzuhalten: Die „In-Group“ – also die Wahrnehmung anderer Wähler:innen „meiner“ Partei – wird eindeutig positiv wahrgenommen.

Aber inwieweit werden die Wähler:innen anderer Parteien negativ bewertet? An dieser Stelle sehen wir sehr viel Varianz. Es lassen sich drei unterschiedliche Muster erkennen. Bei der Wahrnehmung der Wählergruppen von vier Parteien – CDU, CSU, SPD und FDP – lassen sich zwar deutliche Bewertungsunterschiede in Abhängigkeit von der eigenen Wahlabsicht erkennen; diese bleiben aber „im Rahmen“. Die Mittelwerte erreichen minimal Werte um -2, was bei der Wahrnehmung der Wähler:innen von Union und FDP vor allem an den Bewertungen durch Anhänger:innen der Linken liegt; bei den SPD-Wähler:innen sind AfD-Wähler:innen sehr ablehnend (und auch als einzige eindeutig im Mittel negativ eingestellt). Zweitens erweist sich auch hier das BSW als (neuer) Spezialfall: Hinsichtlich der Wahrnehmung der BSW-Wähler:innen liegen die mittleren Werte aller anderen Parteien sehr nah rund um -1, was wohl dafür spricht, dass gerade auch unter unseren jungen Befragten noch sehr viel Unklarheiten hinsichtlich dieser neu gegründeten Partei bestehen, was wiederum eine affektive Positionierung offenkundig eher erschwert. Drittens gibt es schließlich ein ähnliches Muster für die Wahrnehmung von AfD-, Grüne- und Linken-Wähler:innen. Junge Menschen, die Grüne, Linke, aber auch SPD wählen wollen, schauen auf die AfD-Anhänger:innen mit extrem negativen Gefühlen; nur geringfügig positiver fallen die Bewertungen von AfD-Wähler:innen durch Anhänger:innen von FDP, Union und BSW aus. Bezüglich der Grünen-Wähler:innen ist das Bild etwas anders. Nur potenzielle AfD-Anhänger:innen kommen zu extrem negativen Urteilen gegenüber der Grünen-Wählerschaft, während alle anderen Wahlabsichten mit nur schwach negativen oder gar positiven Einschätzungen einhergehen. Ähnlich fällt die Wahrnehmung der Wähler:innen der Linken aus – mit dem kleinen Unterschied, dass Unions- und FDP-Wähler:innen hier kühler eingestellt sind.

In einem allerletzten Schritt wollen wir die Perspektive umdrehen und fragen: Welchen anderen Wählergruppen fühlen sich die Wähler:innen verschiedener Parteien eigentlich noch (relativ) nahe? Unions-Wähler:innen bewerten etwa die Gruppe der SPD-, aber auch der FDP-Wähler:innen leicht positiv; umgekehrt bewerten aber auch SPD-Wähler:innen die Gruppe der CDU-Wähler:innen positiv, ebenso die Gruppe der Grünen-Wähler:innen. Letzteres gilt wiederum auch umgekehrt: Wähler:innen der Grünen bewerten die Gruppe der SPD-Wähler:innen sehr positiv; ähnlich positiv stehen ansonsten nur Wähler:innen der Linken der Gruppe der Grünen-Wähler:innen gegenüber. FDP-Wähler:innen stehen Wähler:innen der Union recht nahe; einzig Wähler:innen des BSW, aber noch mehr der AfD können sich nicht für die Wähler:innen anderer Parteien erwärmen, auch nicht wechselseitig. Insgesamt spiegeln sich hier auch reale politische Koalitionen wider; man sieht aber auch die (populistische) Ablehnung anderer Parteien und ihrer Wählerschaft durch BSW- und AfD-Anhänger:innen.

5.3 ZWISCHENFAZIT

Auch für junge Menschen gilt: Es sind polarisierte Zeiten. Die wahrgenommene Wählbarkeit bestimmter Parteien, aber auch die Wahrnehmungen der Wählerschaften bestimmter Parteien unterscheiden sich sehr deutlich in verschiedenen Gruppen. Dies ist sowohl für die Wählbarkeit wie auch die Wahrnehmung der Wählerschaften für Grüne und AfD sehr deutlich geworden. Wir sehen dabei innerhalb der Gruppe junger Menschen Unterschiede, wie sie auch andere Studien und Befunde für die Bevölkerung insgesamt zeigen, etwa zwischen Mann und Frau, Stadt und Land, aber gerade auch nach formaler Bildung. Und diese produzieren bei gemeinsamer Betrachtung dieser Merkmale eklatante Unterschiede. Das hat sich in den beiden Kontrastgruppen, die wir zu diesem Zweck gebildet haben – junge Frauen mit hoher Bildung in Großstädten vs. junge Männer ohne hohe Bildung außerhalb von Großstädten – deutlich gezeigt: Die Wählbarkeit der AfD etwa ist in der ersten Gruppe kaum messbar, während sie in der zweiten Gruppe auf Platz 1 liegt! In der Tendenz finden sich auch für die anderen Parteien Unterschiede, die aber bei Weitem nicht so groß ausfallen, wie dies bei Grünen und AfD der Fall ist; am ehesten noch findet man das für die Linke. Ein Sonderfall bildet das BSW, das zum Zeitpunkt der Befragung noch sehr neu in der politischen Arena war und in der Folge noch nicht sehr profiliert und polarisiert wahrgenommen wird. ←

⁹ Einzig für die Bewertung von CSU-Wähler:innen gilt dies nicht; die Wahlabsicht umfasst allerdings auch CDU und CSU – und in dieser Gruppe befinden sich mehrheitlich CDU-Anhänger:innen.

Die detaillierte Befragung von jungen Menschen vor und nach der Europawahl 2024 ergibt ein differenziertes Bild dieser Gruppe, das nicht deckungsgleich mit der öffentlichen Wahrnehmung nach der Wahl ist. Das Wahlergebnis der Europawahl 2024 mit dem Wahlverhalten „der Jugend“ zu erklären, greift deutlich zu kurz. Weder sind die von uns Befragten einheitlich politisch uninteressiert noch generell uninformiert. Bekommen unter 18-Jährige die Möglichkeit zu wählen, ändern sie ihr Informationsverhalten und blicken aufmerksamer auf Wahlen – hier bestätigt unsere Studie frühere Befunde. Allerdings zeigt sich ein deutlicher Bildungsgradient: Mit höherer formaler Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit, sich über Politik zu informieren. Dabei greifen junge Menschen kaum noch auf etablierte Medien zurück, sondern informieren sich im Wesentlichen online. Das von älteren Menschen deutlich abweichende Mediennutzungsverhalten geht einerseits damit einher, andere Quellen zur Informationsbeschaffung zu nutzen, und andererseits damit, Politik vollständig ausweichen zu können. Zwar dominiert die AfD eindeutig die sozialen Netzwerke, aber viele Nutzer:innen vermeiden politische Inhalte auf TikTok, Instagram oder YouTube vollständig.

Unterschiede in der Wahlberechtigung bei unterschiedlichen Wahlen sorgen in Teilen für Verwirrung, führen aber nur zum Teil zur Verärgerung – auch dies hängt damit zusammen, wie wichtig einem die Wahlteilnahme ist. Die von uns Befragten haben auch ein sehr differenziertes Bild zur Absenkung des Wahlalters: Dort, wo sie bereits vollzogen wurde, wird sie begrüßt, aber wo noch das Wahlalter 18 gilt, findet dies auch Unterstützung. Die geltenden Regeln beeinflussen die Haltung in dieser Frage. Wie in der Bevölkerung insgesamt gibt es auch unter den Jüngeren Zweifel daran, ob die unter 18-Jährigen die notwendige Reife aufweisen, wobei eine Differenzierung des Wahlrechts nach Wissen – wie sie von einigen Philosoph:innen gefordert wird – abgelehnt wird.

Wir haben wenige Hinweise dafür gefunden, dass die Jugend nach rechts abdriftet. Im Gegenteil, noch immer gelten Mitte-links-Parteien häufiger als wählbar. Auffällig ist hingegen die Spaltung in der Wählbarkeit und Bewertung der Parteien nach Geschlecht, Bildung und Wohnort. Welche Parteien als wählbar gelten, unterscheidet sich innerhalb der Gruppe der Jungen sehr deutlich. Der sogenannte „modern gender gap“ in der Parteineigung und im Wahlverhalten zeigt sich besonders deutlich, wenn wir Geschlecht und Bildung berücksichtigen: Die Sympathien für Grüne und AfD verteilen sich zwischen jungen Männern mit formal niedriger Bildung, die außerhalb von Großstädten leben, und jungen, hochgebildeten Frauen aus der Stadt sehr unterschiedlich.

Grüne und AfD sind auch die Parteien, die die stärkste affektive Polarisierung hervorrufen. Die AfD wird von fast allen Befragten, außer den eigenen potenziellen Wähler:innen, einhellig negativ beurteilt. Gleichzeitig sind die Grünen vor allem für mögliche AfD-Wähler:innen ein rotes Tuch und die Ablehnung ist stark ausgeprägt. Für Wähler:innen anderer Parteien gilt dies, mit Ausnahme der Linken, jedoch weniger stark. SPD, CDU/CSU und FDP lösen nicht so starke negative Gefühle aus wie AfD und Grüne, und beim BSW sind sich die Befragten in der Bewertung unsicher.

Unsere Ergebnisse passen zu den Wahltagsbefragungen von Infratest dimap (für die ARD) und der Forschungsgruppe (für das ZDF), die bei genauerer Betrachtung auch zeigen, dass das Wahlverhalten der jüngsten Altersgruppen sehr vielfältig war – auch wenn die Ergebnisse öffentlich mitunter sehr verkürzt rezipiert wurden. Zwar erhielt die AfD mehr Stimmen bei den Jungen als in der Vergangenheit, aber nicht mehr als bei mittleren Altersgruppen. Gleichzeitig schnitten kleinere Parteien – häufig gesellschaftspolitisch liberal und ökonomisch links orientiert – überdurchschnittlich gut ab. So lässt sich anhand dieser Zahlen vermuten, dass die Grünen an Volt oder „Die Partei“ Stimmen verloren haben.

Schließlich zeigt unsere Befragung, dass die Parteien, aber auch die Bildungseinrichtungen vor einer großen Herausforderung stehen, junge Menschen mit politischen Inhalten zu erreichen. Das Mediennutzungsverhalten wandelt sich in einem Tempo, das es schwierig macht, passende Inhalte zu generieren, die in der Vielzahl der Angebote wahrgenommen werden. Politikvermeidung ist in den sozialen Medien leicht zu erreichen, und schlecht gemachte Angebote werden die Zielgruppe nicht ansprechen.

Aus diesem letzten Punkt lässt sich ein Argument für das flächendeckende Absenken des Wahlalters ableiten: Gerade für politikferne Gruppen können wir nicht unterstellen, dass Politik im Elternhaus oder Freundeskreis thematisiert wird oder dass politische Inhalte über soziale Medien konsumiert werden. Schulen und Berufsschulen könnten zu den wenigen Orten gehören, wo eine Auseinandersetzung mit Wahlen für alle stattfinden kann. Da die unter 18-Jährigen in der Regel ihre (Aus-)Bildung noch nicht abgeschlossen haben, böte dies die Möglichkeit, politische Bildung zu fördern und womöglich bestehende soziale Ungleichheiten abzumildern, die im politischen Wissen bestehen. ←

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 6 **Abbildung 1**
Die Landkarte des Wahlalters und der Jugendwahlstudie zur Europawahl 2024
- 7 **Abbildung 2**
Zeitlicher Verlauf der Teilnahmen der Vor- bzw. Nachwahlwelle
- 8 **Abbildung 3**
Wissen um eigene Wahlberechtigung bei der Europawahl 2024 nach Alter, formaler Bildung und Kommunalwahlkontext
- 9 **Abbildung 4**
Ärger über fehlende Wahlberechtigung bei der Europawahl bei 15-Jährigen nach formaler Bildung in der Vor- und Nachwahlwelle
- 10 **Abbildung 5**
Ideales Wahlalter für Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems
- 11 **Abbildung 6**
Ideales Wahlalter bei der Europawahl nach Alter bzw. formaler Bildung
- 12 **Abbildung 7**
Ideales Wahlalter bei Kommunal- und Bundestagswahlen nach geltendem Wahlalter bei gleichzeitig stattfindender Kommunalwahl
- 13 **Abbildung 8**
Zustimmung zu verschiedenen Aussagen rund um das Wahlalter nach formaler Bildung
- 15 **Abbildung 9**
Subjektive Informiertheit über Parteien und Programme zur Europawahl nach formaler Bildung in der Vor- und Nachwahlwelle
- 16 **Abbildung 10**
Nutzung verschiedener Informationskanäle im Wahlkampf vor der Europawahl 2024
- 17 **Abbildung 11**
Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen
- 18 **Abbildung 12**
Häufigkeit politischer Inhalte auf WhatsApp und TikTok
- 19 **Abbildung 13**
Verbreitung politischer Inhalte auf verschiedenen Social-Media-Plattformen
- 20 **Abbildung 14**
Wahrgenommene Präsenz von Parteien auf sozialen Netzwerkplattformen
- 22 **Abbildung 15**
Wählbarkeit verschiedener Parteien
- 23 **Abbildung 16**
Wählbarkeit verschiedener Parteien in sozialstrukturellen Gruppen
- 24 **Abbildung 17**
Wählbarkeit verschiedener Parteien in zwei Kontrastgruppen
- 26 **Abbildung 18**
Affektive Polarisierung: Wahrnehmung verschiedener Wählergruppen
- 27 **Abbildung 19**
Affektive Polarisierung: Wahrnehmung verschiedener Wählergruppen in zwei Kontrastgruppen
- 28 **Abbildung 20**
Affektive Polarisierung: Wahrnehmung verschiedener Wählergruppen nach eigener Parteipräferenz

LITERATURVERZEICHNIS

- Bösch, M. 2024:** Von Reichweite und Algorithmen: Analyse des Europawahlkampfes ausgewählter Parteien auf TikTok, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Converse, P. 1990:** Popular Representation and the Distribution of Political Information, in: J. A. Ferejohn & J. H. Kuklinski (Hrsg.): Information and Democratic Processes, Urbana, S. 369–388.
- Deutschlandfunk 2024:** Warum junge Menschen rechts gewählt haben, <https://www.deutschlandfunk.de/europawahl-2024-junge-waehler-afd-100.html> (28.11.2024)
- Faas, T. 2024:** Flickenteppich mit Folgen: Die aktuelle Situation rund um das Mindestalter bei Wahlen in Deutschland, in: Recht und Politik, 60 (1), S. 49–57.
- Faas, T.; Könneke, A. 2024:** Wählen ab 16? Pro und Contra, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 71 (38-39), S. 29–35.
- Faas, T.; Könneke, A. 2023:** Integrationsfunktion in Zeiten der Fragmentierung? Eine Analyse der Informationsnutzung verschiedener Generationen in den Bundestagswahlkämpfen 2009–2021, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften, 1, S. 123–134, <https://doi.org/10.24338/mip-2023123-134> (4.12.2024).
- Faas, T.; Könneke, A. 2024:** Nicht nur anders, sondern auch weniger: Politische Informationsversorgung im Wandel der Generationen und der Medien am Beispiel der Bundestagswahl 2021, in: U. Münch, H. Oberreuter; J. Siegmund (Hrsg.): Im Land der Scheinriesen? Die Bundestagswahl 2021 in der Analyse, Frankfurt am Main, S. 77–92.
- Faas, T.; Roßteutscher, S. 2023:** Wissen die Eltern, was sie tun? Ein empirischer Beitrag zur möglichen Einführung eines Familienwahlrechts und seinen Folgen, in: T. Faas, S. Huber, M. Krewel; S. Roßteutscher (Hrsg.): Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie: Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck, Baden-Baden, S. 319–354.
- Faas, T.; Leininger, A. 2020:** Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters, Frankfurt am Main.
- Faas, T.; Leininger, A. 2023:** Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen, Frankfurt am Main.
- Feierabend, S.; Rathgeb, T.; Kheredmand, H.; Glöckler, S. 2023:** JIM-Studie 2023: Jugend, Information, Medien, Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart.
- Franklin, M. N. 2004:** Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945, Cambridge.
- GLES 2022:** GLES Rolling Cross-Section 2021, GESIS, Köln, ZA7703 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13876> (4.12.2024).
- Leininger, A.; Sohnius, M.; Faas, T.; Roßteutscher, S.; Schäfer, A. 2023:** Temporary Disenfranchisement: Negative Side Effects of Lowering the Voting Age, in: American Political Science Review, 117 (1), S. 355–361, <https://doi.org/10.1017/S000305542200034X> (4.12.2024).
- Leininger, A.; Schäfer, A.; Faas, T.; Roßteutscher, S. 2024:** Coming of Voting Age: Evidence from a Natural Experiment on the Effects of Electoral Eligibility, in: Electoral Studies, 88 (2024) 102751, S. 1–7, <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2024.102751> (4.12.2024).
- Roßteutscher, S.; Faas, T.; Leininger, A.; Schäfer, A. 2022:** Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds' Political Interest and Turnout, in: German Politics, 31(4), S. 483–510, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2117800> (4.12.2024).
- Schäfer, A.; Roßteutscher, S.; Abendschön, S. 2020:** Rising Start-up Costs of Voting: Political Inequality among First-time Voters, in: West European Politics, 43(4), S. 819–844, <https://doi.org/10.1080/01402382.2019.1638141> (4.12.2024).
- Steiner, N. D. 2023:** Generational Change in Party Support in Germany: The Decline of the Volksparteien, the Rise of the Greens, and the Transformation of the Education Divide, in: Electoral Studies, 86, S. 1–11, <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2023.102706> (4.12.2024).
- Wagner, A.; Faas, T. 2022:** Stabiles Potenzial – Schwankende Ausschöpfung, Auswertung der SPD-Wahlergebnisse 1998, 2017 und 2021, Bonn.
- ZEIT 2024:** Schminken, tanzen, hassen, <https://www.zeit.de/2024/27/junge-waehler-politik-bildung-medien-europawahl> (28.11.2024)

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA

Eine Frage des Alters? Erwerbsorientierung und die Gen Z

→ FES diskurs, Mai 2024

Krisenerwachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?

→ FES impuls, Mai 2023

Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland: Mehrheit für die stabile Mitte trotz starkem rechten Rand

→ FES diskurs, Juni 2024

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© Dezember 2024
Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
www.fes.de

Bestellungen/Kontakt: apb-publikation@fes.de

ISBN: 978-3-98628-642-2

Titelbild: picture alliance/dpa | Hauke-Christian Dittrich
Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com
Umsetzung/Satz: SCHUMACHER Brand + Interaction Design GmbH,
www.schumacher-design.de
Lektorat: Sönke Hallmann

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

„Jugend forscht“ gibt es seit 1965, „Jugend wählt“ seit 2024: Erstmals durften bei der Europawahl am 9. 6. 2024 auch 16- und 17-Jährige in Deutschland wählen. Neben der Europawahl fanden vielerorts Kommunalwahlen statt – teils mit Wahlalter 16, teils mit 18. Für junge Menschen unterscheidet sich aber nicht nur das Wahlalter, sondern Veränderungen sehen wir auch im (politischen) Informations- und Kommunikationsverhalten. Überraschend war auch das Wahlergebnis: „Wegen TikTok hat die Jugend rechts gewählt“, so – sehr zugespitzt – die Essenz vieler Kommentare zu den Europawahlergebnissen. Doch stimmt das?

Die Studie, basierend auf einer Befragung von 15- bis 20-Jährigen, untersucht deren Sicht auf das Wahlrecht, ihr Informationsverhalten und ihre Einstellungen zu Parteien. Deutlich wird: Junge Menschen sind keine homogene Gruppe. Bildung ist ein entscheidender Faktor: Jugendliche mit höherer Bildung sind politiknäher und befürworten das Wahlalter 16 eher. Beim Informationsverhalten dominieren WhatsApp, Instagram und YouTube, während TikTok gerade bei 15-Jährigen an Bedeutung gewinnt. Über parteipolitische Inhalte aus sozialen Netzwerkplattformen wird eine Dominanz der AfD berichtet.

Wenn es um die Wählbarkeit von Parteien und Polarisierungen geht, zeigen sich eklatante Unterschiede: Stellt man im Sinne von Kontrastgruppen „jung, weiblich, formal hochgebildet und in einer Großstadt lebend“ die Kombination „jung, männlich, formal niedriger gebildet und außerhalb von Großstädten lebend“ gegenüber, sehen wir diametral entgegengesetzte Muster, die insbesondere AfD und Grüne (und deren Anhänger:innen) betreffen.

ISBN: 978-3-98628-642-2

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**